

PROCESSING COPY**INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT****CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY**

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T/NOFORN

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Ministry of Foreign and Domestic
Trade: Official Bulletins (Verfü-
gungen und Mitteilungen des Ministeriums
für Handel und Versorgung)

DATE DISTR. 18 AUG 1957
NO. PAGES 1
REQUIREMENT NO. RD

DATE OF INFO.

REFERENCES

25X1

PLACE &
DATE ACQ.

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

[redacted] four issues of the
official bulletin of the East German Ministry of Foreign and Domestic
Trade. The issues are as follows:

No. 1 - 17 January 1957

No. 2 - 28 January 1957

No. 3 - 15 February 1957

No. 4 - 15 March 1957

(4 bound booklets in German)

25X1

S-E-C-R-E-T/NOFORN

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI	AEC				
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)													

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Nur für Dienstgebrauch!

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1957

Berlin, den 17. Januar

Nr. 1

Inhaltsverzeichnis

Mitteilungen:

Innerdeutscher
Handel:

Vereinbarung und Warenlisten für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

1

Richtlinien über die Abwicklung des Warenverkehrs im Innerdeutschen Handel im Jahre 1957

3

Verkehr:

Lieferungen der Deutschen Demokratischen Republik nach der Volksrepublik Albanien ..

4

Handelspolitik:

Abkommen der Deutschen Notenbank und der Bank von Griechenland. Warenlisten.
Merkblätter

1

Druckfehlerberichtigung zur Verfügung Nr. 27 vom 12.12.56

7

Mitteilungen

Innerdeutscher Handel: Vereinbarung und Warenlisten für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

Am 15. November 1956 wurden im Hause des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Berlin, von den Vertretern der beiden deutschen Staaten die nachstehende Vereinbarung sowie die Warenlisten für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951 unterzeichnet:

**Vereinbarung
für das Jahr 1957**
zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

1. Es gelten die Warenlisten gemäß Anlagen 1 bis 6.
2. a) Zur zahlungsmäßigen Abwicklung der Leistungen gemäß den Anlagen 1 bis 6 werden die Bank deutscher Länder und die Deutsche Notenbank folgende Unterkonten errichten:

Für Leistungen gemäß den Anlagen 1 und 2
das Unterkonto 5,
für Leistungen gemäß den Anlagen 3 und 4
das Unterkonto 8,
für Leistungen gemäß den Anlagen 5 und 6
das Unterkonto 6.

b) Zur zahlungsmäßigen Abwicklung von Leistungen gemäß allen bisherigen Warenlisten des Berliner Abkommens werden die Unterkonten 1, 2 und 4 fortgeführt.

c) Zur zahlungsmäßigen Abwicklung von Leistungen gemäß der Vereinbarung über die zahlungsmäßige Abwicklung von Dienstleistungen (Anlage 6 des Berliner Abkommens) werden die Bank deutscher Länder und die Deutsche Notenbank je ein Unterkonto 7 (Dienstleistungen) errichten.

d) Das Unterkonto 3 (Dienstleistungen) wird am 31. Dezember 1956 abgeschlossen. Ein an diesem Tage bestehender Saldo auf dem Unterkonto 3 wird durch anteilmäßige Überträge nach dem Verhältnis der vereinbarten Volumen der Warenlisten für die Unterkonten 1 und 4 des Jahres 1956 von den Unterkonten 1 und 4 ausgeglichen.

3. Für die in den Artikeln VIII und IX des Berliner Abkommens behandelten Debtsalden werden folgende Beträge festgesetzt:

a) für die Unterkonten 1, 4, 5 und 8
50 Millionen VE.
b) für die Unterkonten 2, 3, 6 und 7
50 Millionen VE.

4. Zum Ausgleich des aus der zahlungsmäßigen Abwicklung von Dienstleistungen auf dem Unterkonto 7 entstehenden Saldos werden am 31. März 1957, am 30. Juni 1957, am 30. September 1957 und

am 31. Dezember 1957 Übereinbarungen von den Unterkonten 5, 6 und 8 nach dem V. Art. 1 (Unterkonto 5) : 4 (Unterkonto 6) : 1 (Unterkonto 8) gemacht.

- 3. a) Die Warenlisten für das Jahr 1958 vom 13. Dezember 1955 treten am 31. Dezember 1958 außer Kraft.

b) Vor dem 1. Januar 1957 erteilte Genehmigungen bleiben, mit Ausnahme der unter 5. c) genannten, bis zu den darin angegebenen Fristen, jedoch längstens bis zum 31. März 1957 gültig.

c) Genehmigungen, die vor dem 1. Januar 1957 für Erzeugnisse folgender Warengruppen erteilt wurden, bleiben über den 31. März 1957 bis zum Ablauf der in ihnen genannten Fristen gültig:

Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost
Unterkonto 2

Position D Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus

Position F Elektrotechnische Erzeugnisse

Position M Drucktausch.

Lieferungen der Währungsgebiete der
Unterkonto 1 DM-West

Position D b) Kesselanlagen, -teile und Zubehör

Unterkonto 4
aus Position A Freiformschmiedestücke

Unterkonto 2

Position D Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus

Position E Elektrotechnische Erzeugnisse

Position M Drucktausch.

Sofern die Gültigkeitsdauer der Genehmigungen nicht mit den in den Verträgen vereinbarten Lieferzeiten übereinstimmt, wird die Gültigkeitsdauer der Genehmigungen auf Antrag bis zu den in den Verträgen genannten Lieferzeiten verlängert.

Für die Währungsgebiete
der Deutschen Mark
(DM-West)
gez. Dr. Leopold

Für die Währungsgebiete
der Deutschen Mark der
Deutschen Notenbank
(DM-Ost)
gez. Seemann

Anlage 1 zu Ziffer 1 der Ver-
einbarung für das Jahr 1957
vom 15. November 1956

Warenliste
für das Jahr 1957

zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

Unterkonto 5

Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost

in Millionen VE

A. Erzeugnisse der Land- und Ernährungswirtschaft (Zucker, Getreide, Speisekartoffeln, Vieh und Fleisch)	90
B. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Nadelholz)	p. m.
C. Mineralölprodukte	80
D. Verschiedenes	10
	180

Berlin, den 15. November 1956

Anlage 1 zu Ziffer 1 der Ver-
einbarung für das Jahr 1957
vom 15. November 1956

Warenliste
für das Jahr 1957
zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

Unterkonto 5

Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West
in Millionen VE

A. Erzeugnisse der Land- und Ernährungswirtschaft (Hopfen, Pflanz- und Frühkartoffeln, Öle und Fette für Ernährungswecke, Vieh und Fleisch, Getreide, Braumalz)	85
B. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Laubschnittholz)	10
C. Phosphate	30
D. a) Gießereierzeugnisse b) Kesselanlagen, -teile und Zubehör	10 5
E. Schwere und leichte Hämpe und Felle	10
F. Kakao, Kakaoverzeugnisse, pflanzliche Eiweißfuttermittel, Zigarrentabake	10
G. Verschiedenes	10
H. Dienstleistungen (s. Ziffer 4 der Ver- einbarung)	10
	180

Berlin, den 15. November 1956

Anlage 3 zu Ziffer 1 der Ver-
einbarung für das Jahr 1957
vom 15. November 1956

Warenliste
für das Jahr 1957
zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

Unterkonto 8

Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost
in Millionen VE

A. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Grubenholz, Rund- und Faserholz)	p. m.
B. Erzeugnisse des Bergbaus (Braunkohlenbriketts, Braunkohlenschwelkoks, Briquetgrus, Brikettpäne, Abrieb, Trockenkohle, Kohlenstaub)	187
C. Verschiedenes	13
	200

Berlin, den 15. November 1956

Anlage 4 zu Ziffer 1 der Ver-
einbarung für das Jahr 1957
vom 15. November 1956

Warenliste
für das Jahr 1957
zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951

Unterkonto 8

Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West
in Millionen VE

A. Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie, der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Schmiede-, Hammer- und Preßwerke	132
B. NE-Metalle	3
C. Erzeugnisse des Bergbaus	42
D. Verschiedenes	13
E. Dienstleistungen (s. Ziffer 4 der Ver- einbarung)	10
	200

Berlin, den 15. November 1956

Anla. zu Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956	Anlage 6 Ziffer 1 der Ver- einbarung für das Jahr 1957 vom 15. November 1956
Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951	Warenliste für das Jahr 1957 zum Berliner Abkommen vom 20. September 1951
Unterkonto 6 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost in Millionen VE 620	Unterkonto 6 Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West in Millionen VE 580
A. Erzeugnisse der Land-, Ernährungs- und Fischwirtschaft und des Gartenbaus	A. Erzeugnisse der Land-, Ernährungs- und Fischwirtschaft und des Gartenbaus
B. Holz und Holzwaren	B. Holz und Holzwaren
C. Steine und Erden	C. Steine und Erden
D. Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus	D. Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl-, Eisen- und Schiffbaus
E. Büromaschinen	E. Elektrotechnische Erzeugnisse
F. Elektrotechnische Erzeugnisse	F. Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik
G. Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik	G. Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren
H. Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren	H. Kurzwaren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren, Schmuckwaren
I. Kurzwaren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren, Schmuckwaren	I. Chemische Grundstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse
K. Chemische Grundstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse	K. Gummierzeugnisse
L. Zellstoff, Papier und Papierwaren	L. Zellstoff, Papier und Papierwaren
M. Druckaustausch	M. Druckaustausch
N. Erzeugnisse der Glas-, Porzellan-, Steingut- und keramischen Industrie	N. Erzeugnisse der Glas-, Porzellan-, Steingut- und keramischen Industrie
O. Textilerzeugnisse	O. Textilerzeugnisse
P. Verschiedenes	P. Leder, Schuhe und Lederwaren
Q. Filmaustausch	R. Verschiedenes
Berlin, den 15. November 1956	T. Dienstleistungen (s. Ziffer 4 der Vereinbarung)
	40 620
	Berlin, den 15. November 1956

Innerdeutscher Handel: Richtlinien über die Abwicklung des Warenverkehrs im Innerdeutschen Handel im Jahre 1957

19. 11. 56-612 App. 587

Auf Grund der am 15. 11. 1956 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik getroffenen Vereinbarungen über die Abwicklung des Waren- und Zahlungsverkehrs im Jahre 1957 werden hiermit folgende Richtlinien erlassen:

1. Die Warenlisten für das Jahr 1956 vom 13. Dezember 1955 treten am 31. Dezember 1956 genehmigungsmäßig außer Kraft.
2. Ab 1. Januar 1957 gelten für den Abschluß und die Genehmigung von Ein- und Verkaufsverträgen allein die Warenlisten für das Jahr 1957 vom 15. November 1956.
3. a) Zur zahlungsmäßigen Abwicklung der im Rahmen der Warenlisten 1957 durchgeführten Lieferungen und Bezüge werden von der Deutschen Notenbank und der Bank deutscher Länder neue Unterkonten mit der Bezeichnung 5, 6, 7 und 8 errichtet.

- b) Dabei erhalten das Unterkonto 5 die Funktion des bisherigen Unterkontos 1.
- das Unterkonto 6 die Funktion des bisherigen Unterkontos 2.
- das Unterkonto 7 die Funktion des bisherigen Unterkontos 3.
- das Unterkonto 8 die Funktion des bisherigen Unterkontos 4.
- Zur Abwicklung des Waren- und Zahlungsverkehrs auf Grund von Genehmigungen, die vor dem 1. Januar 1957 für alle bisherigen Warenlisten des Berliner Abkommens erteilt worden sind, werden neben den neuen Unterkonten die bisherigen Unterkonten 1, 2 und 4 fortgeführt.
- Das Unterkonto 3 erlischt am 31. 12. 1956. An seine Stelle tritt gemäß Ziffer 3 b mit Wirkung vom 1. 1.

1957 auch für die zahlungs-
ige Abwicklung aller
bis zum 31.12.56 nicht regulierten Dienstleistungen
das neue Unterkonto 7 (Dienstleistungen).

6. Die vor dem 1. Januar 1957 auf Grund der Waren-
listen 1956 erteilten Genehmigungen bleiben, mit
Ausnahme der unter Ziffer 8 a und b genannten, bis
zu den darin angegebenen Fristen, jedoch längstens
bis zum 31. März 1957, gültig.
7. Für am 31.12.1956 noch nicht oder teilweise reali-
sierte Verträge wird bis zum 31.12.1956 die Gültig-
keitsdauer der Genehmigungen auf Antrag bis zu
den in den Verträgen vereinbarten Lieferzeiten, je-
doch längstens bis zum 31. März 1957, verlängert.
8. Die vor dem 1. Januar 1957 erteilten Genehmigun-
gen für Erzeugnisse folgender Warengruppen blei-
ben auch über den 31. März 1957 hinaus bis zum
Ablauf der in ihnen genannten Fristen gültig:
 - a) Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost
Unterkonto 2
 - . Pos. D Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-,
Stahl-, Eisen- und Schiffbaus
 - Pos. F Elektrotechnische Erzeugnisse
 - Pos. M Druckaustausch
 - b) Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West
Unterkonto 1
 - Pos. D b) Kesselanlagen, -teile und Zubehör

Unterkonto 4

aus Pos. A Freiformschmiedestücke

Unterkonto 2

Pos. D Erzeugnisse des Maschinen-, Fahrzeug-,
Stahl-, Eisen- und Schiffbaus

Pos. E Elektrotechnische Erzeugnisse

Pos. M Druckaustausch

Die Gültigkeitsdauer der Genehmigungen kann auf
Antrag bis zu den zwischen den Kontrahenten ver-
einbarten Lieferzeiten verlängert werden.

9. Alle Warenbewegungen, liefer- und bezugsseitig,
die in Erfüllung von Verträgen im Rahmen der
Warenlisten 1956 nach dem 1. Januar 1957 durch-
geführt werden, und für die Genehmigungen à
Konto der Warenlisten 1956 erteilt worden sind, gel-
ten als Realisierung der Warenlisten 1956 und sind
berichtsmäßig auf den Unterkonten 1, 2 und 4 zu
erfassen. (Regelung für das Unterkonto 3 – Dienst-
leistungen – siehe Ziffer 5.)

Die Einstellung der Berichterstattung über den
Warenverkehr für die Warenliste 1956 wird zum
gegebenen Zeitpunkt bekanntgegeben.

gez. Seemann
Hauptabteilungsleiter

**Verkehr: Lieferungen der Deutschen Demokratischen Republik nach der
Volksrepublik Albanien**

14.12.56 Ri App. 1711

Von der Deutschen Notenbank Berlin wird uns erneut
mitgeteilt, daß immer noch Schwierigkeiten bei der
Verrechnung der Seefrachten nach der Volksrepublik
Albanien auftreten.

Aus diesem Grunde verweisen wir auf unsere Anwei-
sung vom 2. Juli 1956 und bitten, die Vorschrift unbe-
dingt zu beachten, daß in den Versandaufträgen die
Bezeichnung des betreffenden Abkommens, und zwar

Handels- oder Kreditabkommen, vermerkt werden
muß, damit diese Angaben in die Zahlungsdokumente
übernommen werden können und die Deutsche Noten-
bank in der Lage ist, die Seefrachtkosten entsprechend
der mit der Volksrepublik Albanien getroffener Ver-
einbarung zu buchen.

gez. Wächter
Stellvertreter des Ministers

**Handelspolitik: Abkommen der Deutschen Notenbank und der Bank von
Griechenland, Warenlisten, Merkblätter**

18.12.56 Ma/App. 238

den im betreffenden Lande geltenden gesetzlichen Be-
stimmungen zum Außenhandel zugelassen sind und
sehen ein Jahresvolumen in Höhe von

US-Verrechnungs-Dollar 5 bis 6 Millionen
(in Worten: Fünf bis sechs Mill. US-Verrechnungs-
Dollar)
je Seite vor.

Artikel 1

Der Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten
der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank und der
Griechischen Drachme wird gemäß den in den beiden
Ländern geltenden Außenhandels- und Devisebestim-
mungen im Rahmen der in den beiliegenden Waren-
listen A (Deutscher Export) und B (Griechischer
Export) aufgeführten Waren durchgeführt.

Die genannten Warenlisten bilden einen untrennaren
Bestandteil dieses Abkommens.

Die Warenlisten A und B können im Einvernehmen
der Abkommenspartner geändert werden.

Die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Waren-
lieferungen erfolgen auf Grund von Verträgen zwischen
Organisationen und Firmen beider Länder, die nach

Aufträge zur Veredelung von Rohmaterialien und
Halbfabrikaten sowie Zahlungen für derartige Leistun-
gen können mit vorheriger Zustimmung der zuständigen
Behörden beider Länder im Rahmen dieses Ab-
kommens durchgeführt werden.

Artikel 2

Alle Zahlungen

- a) für Warenlieferungen und Leistungen gemäß Artikel 1 und 2,
- b) für damit zusammenhängende Kosten, wie Fracht-,
Transit-, Versicherungs- und Dienstleistungskosten
und andere Nebenkosten, die sich aus dem Waren-
verkehr zwischen beider Ländern ergeben,

c) für Seefrachten für Waren gemäß Artikel 1 und 2 sowie für Kommissionskosten.

d) für Seefrachten bei Benutzung der gegenseitigen Tonnage im Verkehr mit Drittländern, die ihre Häfen am Mittelmeer, Schwarzen Meer und Roten Meer haben.

e) für Reisekosten, Kosten im Zusammenhang mit der Teilnahme an Messen, Ausstellungen, Konferenzen und Ausschreibungen.

f) für amtliche Gebührenforderungen auf Grund von Anmeldungen und Erneuerungen gewerblicher Schutzrechte

werden entsprechend den Devisenbestimmungen beider Länder und gemäß Artikel 4 dieses Abkommens durchgeführt. Andere Zahlungen können im Einverständnis beider vertragschließenden Parteien geleistet werden.

Artikel 4

Die Deutsche Notenbank, Berlin, und die Bank von Griechenland, Athen, eröffnen gegenseitig besondere zinsfreie Verrechnungskonten in US-Verrechnungs-Dollar. Die auf diesen Konten erfolgten Einzahlungen teilen beide Banken einander unverzüglich mit.

Bei Erhalt solcher Gutschriftenanzeichen einer Bank wird die andere Bank unverzüglich die erforderliche Vergütung zugunsten der in Frage kommenden Organisation, Firma oder Person in ihrem Lande durchführen. Bei Überschreitung des gemäß Artikel 6 vereinbarten Saldo kann die kreditierende Bank die Vergütung zeitweise zurückstellen.

Artikel 5

Rechnungen und Forderungen müssen über US-Verrechnungs-Dollar laufen.

Artikel 6

Falls der Saldo auf dem Verrechnungskonto den Betrag von

US-Verrechnungs-Dollar 500 000

(in Wörtern:

Fünfhunderttausend US-Verrechnungs-Dollar)

übersteigt, hat das Gläubigerland das Recht, die Ausfuhr einzuschränken oder einzustellen, bis das Schuldnerland durch Lieferung von Waren oder andere Leistungen den US-Verrechnungsdollar 500 000 (in Wörtern: Fünfhunderttausend US-Verrechnungs-Dollar) übersteigenden Wert abgedeckt hat.

Darüber hinaus wird für die Zeit vom 1. 11. bis zum 31. 3. ein zusätzlicher Saison-Swing von

US-Verrechnungs-Dollar 200 000

(in Wörtern: **Zweihunderttausend US-Verrechnungs-Dollar)**

eingeräumt. Falls am 31. 3. dieser Zusätzliche Saison-Swing nicht auf den Normal-Swing von US-Verrechnungs-Dollar 500 000 zurückgeführt ist, sind für den diesen Normal-Swing übersteigenden Betrag freie Devisen zur Verfügung zu stellen. Für die Dauer eines Zeitraumes von vier Monaten, das heißt bis spätestens 31. 7., besteht die Verpflichtung, diese zeitweilig zur Verfügung gestellten freien Devisen in gleicher Höhe wieder freizugeben, und zwar sobald der den Normal-Swing übersteigende Betrag abgedeckt wird.

Beide Parteien sind verpflichtet, alle sich im gegebenen Falle aus diesem Artikel 6 ergebenden Maßnahmen einander unverzüglich mitzuteilen.

Für die Swinginanspruchnahme sind alle im internationalen Verkehr gebräuchlichen Zahlungsarten zugelassen.

Artikel 7

Die sich bei Ablauf des Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Deutschen Notenbank, Berlin, und der Bank von Griechenland, Athen, vom 8. 12. 1953 ergebenden Salden werden im Rahmen des vorliegenden Abkommens auf das neu zu errichtende Clearingkonto übernommen.

Artikel 8

Einen Monat nach Ablauf dieses Abkommens wird der Saldo auf dem Verrechnungskonto festgestellt, der von dem Schuldnerland innerhalb weiterer sechs Monate durch Warenlieferungen zu tilgen ist.

Falls innerhalb dieser Frist der Saldo durch Warenlieferungen nicht gedeckt ist, werden die Abkommenspartner zusammenetreten, um die Art der Tilgung des Saldo zu vereinbaren, wobei auch die Abdeckung durch freie Devisen erörtert werden kann.

Artikel 9

Die Deutsche Notenbank und die Bank von Griechenland werden innerhalb von zwei Wochen nach Unterzeichnung dieses Abkommens die banktechnischen Einzelheiten durch Briefwechsel vereinbaren.

Artikel 10

Zur Überwachung der Durchführung dieses Abkommens sowie zur Förderung des Warenaustausches wird auf Wunsch einer der vertragschließenden Parteien eine gemischte Kommission, bestehend aus Sachverständigen beider Länder, abwechselnd in Berlin und Athen zusammenentreten. Die Zusammenkünfte der gemischten Kommission sollen möglichst halbjährlich stattfinden.

Artikel 11

Änderungen dieses Abkommens bedürfen der Schriftform.

Artikel 12

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1957 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1957. Es wird stillschweigend um je weiteres Jahr verlängert, wenn nicht einer der Abkommenspartner drei Monate vor Jahresablauf schriftlich kündigt.

Ausgefertigt in Athen, am 30. November 1956, in je zwei Exemplaren in deutscher und griechischer Sprache, wobei beide Fassungen die gleiche Gültigkeit haben.

Warenliste A

Deutscher Export

Maschinen für Tabak- und Lebensmittelindustrie
Pumpen aller Art
Kühlschränke, Kühlmaschinen, Kompressoren und andere Ausrüstungen für chemische Industrie
Straßenfahrzeuge aller Art und Ersatzteile
Benzin- und Dieselmotoren
Landmaschinen und Traktoren
Erzeugnisse der Elektrotechnik,
darunter:
Motoren
Haushaltgeräte und Radioersatzteile

Feinmechanisch-optische Erzeugnisse,
darunter:
Foto- und Kinoerzeugnisse
Medizinische Geräte und Meßinstrumente
Schreib- und Büromaschinen und Ersatzteile
Einrichtungen für die polygraphische Industrie

Erzeugnisse des Schwermaschi. aues.
darunter:

Baumaschinen
Textilmaschinen für Industrie und Haushalt
Werkzeugmaschinen
Werkezeuge und Kleineisenwaren
Haushaltgeräte und Waagen
Erzeugnisse der chemischen Industrie
Glas- und keramische Erzeugnisse
Kulturwaren, wie Spielwaren, Musikinstrumente,
Büroartikel
Jagdwaffen und Geräte
Textilwaren
Erzeugnisse aus Holz und Papier sowie Verpackungs-
material
Bücher, Zeitschriften, Filme und Kunstdrucke
Düngemittel
Zucker

Warenliste B
Griechischer Export

Trockenfrüchte,
darunter:

Sultaninen
Korinthen
Feigen
Mandeln und Nüsse

Frische Früchte,
darunter:

Orangen
Mandarinen
Zitronen
Weintrauben
Äpfel
Pfirsiche

Frischgemüse
Obst- und Gemüsekonserven

Zedern und Salzlake

Tabak

Trinkwein

Oliven, Olivenöl und Olsaaten

Naturschwämme

Rohstoffe für Chemie und Pharmazie

(Valex, Kräuter)

Tierhaare, Leder und andere Rohstoffe für die Textil-
und lederverarbeitende Industrie

Schwefelkies und andere Mineralien

Merkblatt
der Deutschen Notenbank

Die Deutsche Notenbank gibt für die Durchführung des
Abkommens folgende Hinweise:

1. Über das US-\$-Verrechnungskonto der Banque de
Grèce, Athen, bei der Deutschen Notenbank, Berlin,
und in gleicher Weise über das US-\$-Verrechnungskonto
der Deutschen Notenbank, Berlin, bei der
Banque de Grèce, Athen, können folgende Zahlungen
geleistet werden:

a) für Warenlieferungen zwischen beiden Ländern
auf Grund der Warenlisten A (Deutscher Export)
und B (Griechischer Export) sowie für Leistungen
auf Grund von Aufträgen zur Veredelung
von Rohmaterialien und Halbfabrikaten, sofern
für diese Leistungen von den zuständigen
Behörden beider Länder vorher die Zustimmung
erteilt worden ist;

b) für mit den Warenlieferungen zusammenhängende Kosten, wie Fracht-, ...ansit-, Versicherungs- und Dienstleistungskosten und andere Nebenkosten, die sich aus dem Warenverkehr zwischen beiden Ländern ergeben;

c) für Seefrachten für Warenlieferungen auf Grund der Warenlisten A und B sowie für Kommissionskosten;

d) für Seefrachten bei Benutzung der gegenseitigen Tonnage im Verkehr mit Drittländern, die ihre Häfen am Mittelmeer, Schwarzen Meer und Roten Meer haben;

e) für Reisekosten, Kosten im Zusammenhang mit der Teilnahme an Messen, Ausstellungen, Konferenzen und Ausschreibungen;

f) für amtliche Gebührenforderungen auf Grund von Anmeldungen und Erneuerungen gewerblicher Schutzrechte.

2. Alle Rechnungen und Forderungen müssen über US-Verrechnungs-Dollar lauten.

3. Alle im internationalen Verkehr gebräuchlichen Zahlungsarten, wie z. B. Vorauszahlungen, Dokumenten-Akkreditive, Bar-Akkreditive, Zahlung „Kasse gegen Dokumente“, gewöhnliche Inkassi-Zahlung gegen Ziel, sind zugelassen.

Bei dem Abschluß von Kauf- und Verkaufsverträgen sollten seitens der Außenhandelsunternehmen die für unsere Wirtschaft jeweils günstigsten Bedingungen vereinbart werden, wobei auf jeden Fall dem Akkreditiv der Vorrang zu geben ist. Bei Vorliegen eines Akkreditivs erhält der Akkreditiv-Begünstigte, also das jeweilige Außenhandelsunternehmen, bei fristgemäßiger Einreichung der im Akkreditiv vorgeschriebenen Dokumente sofort sein Geld für den Akkreditiv- bzw. Fakturenbetrag. Die Deutsche Notenbank weist ausdrücklich darauf hin, daß die Außenhandelsunternehmen besonders beachten müssen, daß die der Deutschen Notenbank zu Akkreditiven einzureichenden Dokumente in allen Punkten den Akkreditivbedingungen entsprechen. Es empfiehlt sich daher, gleich bei Erhalt der Akkreditiv-Eröffnungsanzeige der Deutschen Notenbank zu überprüfen, ob die vom ausländischen Käufer der deutschen Ware geforderten Dokumente von Verkäufersseite beigebracht werden können. Außer der Abkommensbank können auch andere Commerzbanken, wie z. B. die Banque Nationale de Grèce et d'Athènes, die Banque Commerciale de Grèce, die Iouian Bank und die Banque de Pierre in Athen und deren Niederlassungen mit der Durchführung von Außenhandelsgeschäften betraut werden.

4. In bezug auf die Rückzahlungsgarantien, die von den griechischen Banken von der Deutschen Notenbank im Zusammenhang mit Vorauszahlungen für den Fall gefordert werden, daß die Warenlieferung aus der Deutschen Demokratischen Republik nach Griechenland nicht vereinbarungsgemäß erfolgt, wird die Deutsche Notenbank in Zukunft wie folgt verfahren.

Sie wird diese Gutschriften „unter dem Vorbehalt, daß die in dem Zahlungsauftrag aufgeführten Dokumente ordnungsgemäß zum vorgeschriebenen Zeitpunkt bei ihr eingereicht werden“ vornehmen, wobei dieser Vorbehalt einschließt, daß sie für den Fall, daß die Ware nicht vereinbarungsgemäß geliefert bzw. ihr die dazu gehörigen Dokumente nicht fristgemäß eingereicht werden, das Recht hat, den ursprünglichen Gutschriftsempfänger ohne vorherige Benachrichtigung und mithin ohne seine besondere Zustimmung, wieder in voller Höhe zu belasten. Dadurch kommt die bisher von den Begünstigten geforderte Garantieerklärung in Fortfall. Die Deutsche Notenbank wird sich wegen der prinzipiell

piellen Einverständniserklärung zu dieser Gutschrift unter Vorbehalt mit den einzelnen Außenhandelsunternehmen in Verbindung setzen.

5. Des weiteren erscheint der Deutschen Notenbank noch folgendes von Bedeutung. Bekanntlich müssen die griechischen Importeure bei der Erteilung von Importlizenzen Depots hinterlegen, die bis 100 Prozent des Warenwertes ausmachen können. Sie empfiehlt daher, daß in den Fällen, wo eine hundertprozentige Depothinterlegung zu erfolgen hat, von den Außenhandelsunternehmen als Zahlungsart das dokumentäre Akkreditiv mit dem Käufer der deutschen Ware vereinbart wird.

Des Weiteren wäre in den Fällen, in denen Depostellung nur zu einem Prozentsatz erfolgt, Forderung auf Vorauszahlung bis zur Höhe dieses Prozentsatzes möglich, da evtl. geleistete Vorauszahlungen innerhalb der Depots lt. Anweisung der Bank von Griechenland, Abteilung Handelstransaktionen mit dem Ausland, Zirkular 3 vom 3. 1. 1956 verrechnet werden.

6. Hinsichtlich der Garantiestellung für aus der DDR eingeführte Waren ist zu bemerken, daß sie grundsätzlich verboten ist. Ausnahmen sind nur zulassen für Geschäfte, die sich auf größere staatliche Aufträge bzw. auf die Lieferung von Großmaschinen beziehen. In diesen Ausnahmefällen sollte von Seiten der entsprechenden Außenhandelsunternehmen die Gestellung von Zahlungsgarantien gefordert werden.

7. Bei deutschen Lieferungen von Maschinen-Erzeugnissen im Werte über \$ 5000,-, bei denen das Zahlungsziel über 15 Monate hinausgeht, ist für die Ausstellung der Wechsel seitens des Käufers die Genehmigung der Währungskommission der Banque de Grèce erforderlich. Es empfiehlt sich daher, daß sich die Außenhandelsunternehmen von dem Käufer der Waren die Nr. und des Datum der hierzu erteilten Genehmigung angeben lassen. Unabhängig hiervon sind von den Außenhandelsunternehmen die Richtlinien über den Abschluß von Kreditgeschäften mit dem kapitalistischen Ausland (erschienen in „Verfügungen und Mitteilungen des MAI“ Nr. 7/1956, Seite 1-3) und die dazu evtl. folgenden Ergänzungen zu beachten.

Eventuelle Rückfragen zu diesem Merkblatt sind, sofern es sich um Fragen grundsätzlicher Bedeutung handelt, an die Abteilung D 04 (Hausapparat 6490) und bei Fragen der operativen Abwicklung von Geschäften mit Griechenland an die Dokumenten- und Überweisungs-Abteilung, Referat Griechenland (Hausapparat 5400) zu richten.

Merkblatt
über die Abwicklung von Geschäften im Rahmen des
Bankenabkommen mit Griechenland
Nr. 57/00/3372

Griechenland ist ein politisch wichtiger und für unsere Importseite notwendiger Markt. Durch die durchgeföhrte Liberalisierung ist jedoch auf allen Gebieten eine sehr starke Konkurrenz vorhanden. Diese Situation erfordert von allen Außenhandelsunternehmen eine besonders korrekte kaufmännische Arbeit, die der griechische Kunde in jedem Falle fordert.

Im Jahre 1956 wurde durch sorg. . . Arbeitsweise in dieser Beziehung das Vertrauen zu unserem Außenhandel nicht gefestigt. Der Verzicht auf Erfüllung der oben genannten Forderung wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf den Handel mit Griechenland. Das am 30. 11. 1956 abgeschlossene Bankenabkommen mit Griechenland hat für einen geregelten Warenaustausch im Jahre 1957 eine gute Grundlage geschaffen, indem Warenlisten ohne Kontingente vereinbart wurden und damit alle im Rahmen unseres Außenhandels liegenden Möglichkeiten wahrgenommen werden können. Das Gesamtvolume des Handels soll 5-6 Millionen Dollar nach jeder Seite betragen. Folgende Hinweise sind bei der Realisierung des Abkommens zu beachten:

1. Das Abkommen hat eine Laufzeit vom 1. 1. 1957 bis 31. 12. 1957.
2. Es werden nur reine Export- und Importgeschäfte abgeschlossen. Die Abwicklung erfolgt über das bestehende Verrechnungskonto.
3. Noch laufende Kompensationsgeschäfte werden restlos abgewickelt.
4. Alle im Jahre 1956 mit Liefertermin im Jahre 1957 abgeschlossenen Verträge werden auf das neue Abkommen angerechnet. Alle Aufträge mit Liefertermin 1956 und Auslieferung im Jahre 1957 werden auf das alte Abkommen verbucht.
5. Alle Akkreditive sollten zur Transferierung von einer Bank zur anderen transferabel gestellt werden.
6. Die Lizenzerteilung für fast alle Waren bereitet infolge der Liberalisierung keine nennenswerten Schwierigkeiten. Eine Lizenz muß jedoch bei Versand der Ware unbedingt vorliegen, d. h. das Verladedatum in den Dokumenten muß in jedem Falle später sein als das Lizenzdatum, da sonst der griechische Importeur Strafgelder zu zahlen hat. Auch bei Nichteinhaltung der Liefertermine entstehen dem griechischen Käufer durch die bestehenden griechischen Gesetze finanzielle Verluste. Das ist von unseren Außenhandelsunternehmen zu beachten, um unangenehme Folgen für uns zu vermeiden, die letzten Endes durch eine Weiterbelastung der Strafgelder entstehen können.
7. Das Abkommen 1957 wird unter Nummer 57 gebucht, während die Überhänge aus dem Jahre 1956 unter der Nummer 53 ausgewiesen werden.

i. V. gez. Koch
Hauptabteilungsleiter

Druckfehlerberichtigung zur Verfügung Nr. 27 vom 12. 12. 1956 (VM - Blatt Nr. 8/56).

Hiermit wird ein durch ein Versehen der Druckerei entstandener Fehler in der Überschrift zur Verfügung Nr. 27 wie folgt berichtet:

Die Überschrift muß lauten:

„Verfügung Nr. 27: Die Numerierung der Export-, Import- und IDH-Verträge sowie der Globalgenehmigungen.“

Nur für den Dienstgebrauch!

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1957

Berlin, den 28. Januar

Nr. 2

Inhaltsverzeichnis

I. Mitteilungen:

Recht: Anordnung Nr. 2 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik, vom 20. Dezember 1956	9
Anordnung Nr. 3 über die Verfahrensvorschriften für den Kleinsexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland, vom 29. Dezember 1956	10
II. Verfügungen:	
Nr. 28: Neuregelung des Versandes von unbezahlten Exportmustern und Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen in das Ausland	11

I. Mitteilungen

Recht: Anordnung Nr. 2 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Dezember 1956

Im Gesetzesblatt Teil I, Nr. 4, vom 16. 1. 1957 ist folgende Anordnung erschienen:

Anordnung Nr. 2*)
über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik
Vom 20. Dezember 1956

Zur Änderung der Anordnung vom 12. August 1955 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik (GBI. Teil I, S. 576) wird folgendes angeordnet:

§ 1

Hinter § 7 der Anordnung wird folgender § 7a eingefügt:

Versand von sonstigem Werbematerial

1. Sonstiges Werbematerial, das auf Grund seiner Beschaffenheit und Herstellungsart keine Druckgenehmigungs-Nummer erhält (z. B. Pappständler, Werbefähnchen, Werbefotos, Zeichnungen, Füllfederhalter, Drehbleistifte, Aschenbecher usw.), kann ohne Genehmigung zum Versand gebracht werden.
- Muster und Proben von Waren, die der betreffende Betrieb herstellt oder hergestellt hat, sind nicht als Werbematerial anzusehen.

*) 1. Anordnung (GBI. I/1955 Seite 576).

2. Erfolgt der Versand auf dem Frachtwege, so ist die Sendung vor Versand dem örtlich zuständigen Organ des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zur Kontrolle vorzuführen.

3. Erfolgt der Versand auf dem Postwege, so ist die Sendung beim örtlich zuständigen Postamt aufzuliefern. Die Sendungen unterliegen der Kontrolle durch die zuständigen Organe des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs.

4. Die Vorlage einer Ausfuhrmeldung bzw. eines Warenbegleitscheines entfällt.
Auf der Sendung und in den Begleitpapieren ist folgender Vermerk anzubringen:
„Werbematerial – ohne Druckgenehmigungs-Nummer.“

§ 2

Der § 8 erhält folgenden Zusatz:

„Wird Werbematerial entsprechend den Bestimmungen der §§ 3 Ziff. 1, 4 Buchstabe a und 7 auf dem Frachtwege zum Versand gebracht, so ist es dem örtlich zuständigen Organ des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs vorzuführen.“

§ 3

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 20. Dezember 1956

Der Minister für Außenhandel
und Innerdeutschen Handel
I. V. Hüttenrauch
Staatssekretär

Recht: Anordnung Nr. 3 über die Verfahrensvorschriften für den Kleinsexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland vom 29. Dezember 1956

Im Gesetzesblatt Teil II, Nr. 3, vom 21. 1. 1957 ist folgende Anordnung erschienen:

Anordnung Nr. 3*
über die Verfahrensvorschriften für den Kleinsexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland
Vom 29. Dezember 1956

Die Anordnung vom 15. Juli 1954 über die Verfahrensvorschriften für den Kleinsexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland (ZBl. S. 366) wird wie folgt geändert:

§ 1
Ziffer 4 der Anordnung vom 15. Juli 1954 erhält folgende Fassung:
„4a) Die VEH Deutscher Innen- und Außenhandel haben entsprechend der Eigenart der über eine Globalgenehmigung zu exportierenden Erzeugnisse den Gesamtausfuhrbetrag (einschl. Nebenkosten) sowie die Wertgrenze der zugelassenen Einzelsendung (einschl. Nebenkosten) in der Globalgenehmigung festzulegen.
b) Es ist den Lieferbetrieben nicht gestattet, größere Aufträge ausländischer Käufer in Einzelsendungen aufzuteilen.“

§ 2
Ziffer 7 Buchstabe d erhält folgende Fassung:
„Die Gültigkeit der Globalgenehmigung ist vom zuständigen VEH Deutscher Innen- und Außenhandel festzulegen. Sie darf die Dauer von 12 Monaten – gerechnet vom Tage der Ausstellung – nicht überschreiten. Die Globalgenehmigung erlischt, wenn der Gesamtausfuhrbetrag erreicht oder ihre Gültigkeit abgelaufen ist bzw. wenn sie vom zuständigen VEH Deutscher Innen- und Außenhandel zurückgezogen wird. In diesen Fällen ist die Globalgenehmigung einschließlich benützter und nicht benützter Fortschreibungsblätter vom Lieferbetrieb innerhalb von 8 Werktagen an das zuständige VEH Deutscher Innen- und Außenhandel zurückzusenden.“

§ 3
Abschnitt III der Anordnung vom 15. Juli 1954 erhält folgende Fassung:

„III.
Ausfuhr von Exportmustern und Ersatzlieferungen aus Garantieverpflichtungen bzw. Gewährleistungsvorpflichtungen.
25. Die Ausfuhr von Exportmustern, die vom ausländischen Empfänger bezahlt werden, kann über die Globalgenehmigungen für den Kleinsexport von Handelsware (Postversand oder Versand durch Eisenbahn bzw. Kraftfahrzeug) abgewickelt werden.
26. Die Ausfuhr von unbezahlten Exportmustern und Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsvorpflichtungen bedarf bis zum Wert von 30,- DM pro Sendung keiner Genehmigung. Diese

* (1) Anordnung (ZBl. 1954 S. 366)
(2) Anordnung (ZBl. 1954 S. 533)

Sendungen sind nur auf dem Postwege zugelassen. Der Versender hat für jede Sendung den Vordruck „Ausfuhrmeldung“ (unter Angabe des DM-Wertes ohne Nebenkosten) auszufertigen und rechtsverbindlich zu unterschreiben. Auf der Sendung, in den Transportpapieren sowie in der Ausfuhrmeldung ist folgender Vermerk anzubringen:

„Unbezahlte Exportmuster“
oder „Ersatz – zu EA/Globalgenehmigung – Nr.“

Absender dürfen nur die VEH Deutscher Innen- und Außenhandel oder die Lieferbetriebe von Exportwaren sein. Die Sendungen unterliegen der Kontrolle durch die zuständigen Organe des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs.

27. Für die Ausfuhr von unbezahlten Exportmustern oder Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsvorpflichtungen, die den Wert von 30,- DM pro Sendung überschreiten, kann das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Globalgenehmigungen erteilen (Postversand oder Versand mit Eisenbahn bzw. Kraftfahrzeug). Die Globalgenehmigungen erteilt im Auftrage des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel das fachlich zuständige VEH Deutscher Innen- und Außenhandel.
28. Für den Versand von unbezahlten Exportmustern oder Ersatzlieferungen mit Eisenbahn bzw. Kraftfahrzeug und für den Postversand werden gesonderte Globalgenehmigungen erteilt. In den Globalgenehmigungen sind der Gesamtausfuhrbetrag und die Wertgrenze der zugelassenen Einzelsendungen in DM (ohne Nebenkosten) festzulegen.
Die Gültigkeit der Globalgenehmigungen darf die Dauer von 12 Monaten, gerechnet vom Tage der Ausstellung, nicht überschreiten.

29. Für den Versand von unbezahlten Exportmustern oder Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsvorpflichtungen hat in sinngemäß Anwendung der Bestimmungen der Ziffern 11–19 der Anordnung vom 15. Juli 1954 zu erfolgen.

30. Vom Versender ist auf den Ausfuhrmeldungen zusätzlich zu vermerken:
„unbezahlte Exportmuster“
oder „Ersatz – zu EA/Globalgenehmigung – Nr.“

§ 4

Die Anordnung vom 20. Oktober 1954 zur Ergänzung der Anordnung über die Verfahrensvorschriften für den Kleinsexport von Handelsware und für den Versand unbezahlter Exportmuster in das Ausland (ZBl. S. 533) wird aufgehoben.

§ 5

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Dezember 1956

Der Minister für Außenhandel
und Innerdeutschen Handel

I. V. Hüttenrauch
Staatssekretär

II. Verfügungen

Verfügung Nr. 28: Neuregelung des Versandes von unbezahlten Exportmustern und Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen in das Ausland

18. 1. 57/Dr/App. 1707

Zur weiteren Vereinfachung des Versandes von unbezahlten Exportmustern sowie der Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen in das Ausland wurde vorstehende Anordnung erlassen. Zur Anwendung dieses Verfahrens wird verfügt:

Zu § 1 der Anordnung

Die Außenhandelsunternehmen haben die Wertbegrenzungen entsprechend der Eigenart der Erzeugnisse mit größter Sorgfalt festzulegen.

Globalgenehmigungen mit einem Gesamtausfuhrbetrag über 50 000,- Rubel sind vom zuständigen Verkaufsdirektor und dem Generaldirektor zu unterschreiben. Sollen einem Lieferbetrieb von mehreren Kontoren eines Außenhandelsunternehmens getrennte Globalgenehmigungen mit einem Gesamtausfuhrbetrag von insgesamt mehr als 50 000,- Rubel erteilt werden, so hat der Generaldirektor den Gesamtausfuhrbetrag für sämtliche zu erteilende Globalgenehmigungen festzulegen.

Zu § 2 der Anordnung

Bereits erteilte Globalgenehmigungen, die noch auf 6 Monate befristet sind, können durch formloses Schreiben an die Beteiligten auf 12 Monate, gerechnet vom Tage der Ausstellung, verlängert werden.

Das für das AZKW bestimmte Exemplar dieser Verlängerungen (bei Frachtversand das Exemplar „Lieferwerk“, bei Postversand das Exemplar „Paketkontrollstelle“) ist mit Prägesiegelabdruck und Unterschrift des Bevollmächtigten des MAI zu versehen.

Zu § 3 der Anordnung

a) Als Vordrucke für die auszustellenden Globalgenehmigungen (Ausfuhr unbezahlter Exportmuster oder kostenlose Ersatzlieferungen) sind die vorhandenen Globalgenehmigungen für den Kleinsexport von Handelsware (Versand per Eisenbahn, Kraftfahrzeug oder Postversand) zu verwenden.

Diese Globalgenehmigungen sind unter Ziffer 5 des Vordrucks mit folgendem Vermerk zu versehen:

„Gilt nur für den Versand von unbezahlten Exportmustern und / oder Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen in das Ausland.“

b) Für die Festlegung der Erzeugnisse, die im Rahmen dieser Globalgenehmigungen ausgeliefert werden sollen, sowie für die Festlegung der entsprechenden Wertbegrenzungen in DM (Gesamtausfuhrbetrag und Einzelausfuhrbetrag) in der Globalgenehmigung sind die Außenhandelsunternehmen verantwortlich.

Die Wertbegrenzung ist in einer dem jeweiligen Erzeugnis angemessenen Höhe festzusetzen, und zwar getrennt für Muster- und Ersatzlieferungen. Es können auch getrennte Globalgenehmigungen für kostenlose Muster und kostenlose Ersatzlieferungen ausgestellt werden.

- c) Diese Globalgenehmigungen sind vom jeweiligen Verkaufsdirektor und stellvertretenden Generaldirektor zu unterzeichnen. Danach wird das für das AZKW bestimmte Exemplar der Globalgenehmigung (bei Postversand das Exemplar „Paketkontrollstelle“, bei Frachtgutversand das Exemplar „Lieferwerk“) mit Prägesiegelabdruck und Unterschrift des Bevollmächtigten des MAI verschen.
- d) In jedem Kontor der Außenhandelsunternehmen ist ein Verzeichnis über die erteilten Globalgenehmigungen zu führen unter Angabe
 - der Globalgenehmigungsnummer
 - des Lieferbetriebes
 - des Erzeugnisses sowie
 - der Einzel- und Gesamtwertbegrenzungen.
- e) Die Verkaufsdirektoren sind dafür verantwortlich, daß die nach jedem Versand eingehenden entsprechenden Exemplare der Ausfuhrmeldung ausgewertet werden, damit keine unrechtmäßige Ausnutzung der gegebenen Erleichterungen erfolgen kann (z. B. Prüfung, ob überhaupt ein Vertrag vorlag, ob daraus Ersatz zu leisten war, ob gemäß Verfügung Nr. 22 der Bonus zurückzubuchen ist, ob ein nichtgenehmigter Versand von Exportwaren durch den Exportmusterversand getarnt worden ist usw.).
- f) Werden bei der Auswertung der Ausfuhrmeldungen Verstöße gegen die Vorschriften der erteilten Globalgenehmigungen festgestellt, so ist erforderlichenfalls die Globalgenehmigung zurückzuziehen. Dem Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs sind nähere Angaben über festgestellte Verstöße, insbesondere beim Versand nicht genehmigungspflichtiger Exportmustersendungen und nicht genehmigungspflichtiger Ersatzlieferungen aus Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen unverzüglich zuzuleiten.
- g) Einzelsendungen können unabhängig von vorstehender Regelung auch weiterhin mittels einer mit Prägesiegelabdruck und Unterschrift des Bevollmächtigten des MAI versehenen Ausfuhrmeldung zum Versand gebracht werden.
- h) Die Arbeitsanweisung 0025/55 wird hiermit aufgehoben.

gez. Hüttenrauch
Staatssekretär

Nur für Dienstgebrauch!

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1957

Berlin, den 15. Februar

Nr. 3

Inhaltsverzeichnis

I. Verfügungen

Nr. 29	Verfahren bei der Abfertigung von Waren für ausländische Messen und Ausstellungen (Beilage)	
Nr. 30	Rückführung von Messe- und Ausstellungsgut in die DDR nach Beendigung von Messen und Ausstellungen in der Bundesrepublik	13
Nr. 31	Methodik der operativen Veränderungen des vorgeschlagenen Planes für 1957 während der Zeit der Abkommensverhandlungen mit den sozialistischen Ländern	14
Nr. 32	Aenderung der Verfügung Nr. 7/FI 2/56/Erfassung der Vertreterprovisionen	16
Nr. 33	2. Änderung der Verfügung Nr. 10/FI 3/56/Einhaltung von Bank- oder anderen Auskünften und Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle über die Einhaltung der Kreditlimite ..	18

II. Mitteilungen

Allgemein:	Empfehlungen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel über den Abschluß von Betriebskollektivverträgen im Jahre 1957 in den Außenhandelsunternehmen	16
Verkehr:	Ausfertigung der Versandaufträge	19

I. Verfügungen

Verfügung Nr. 30: Rückführung von Messe- und Ausstellungsgut in die DDR nach Beendigung von Messen und Ausstellungen in der Bundesrepublik

25. I. 57/620/App. 887

Um eine reibungslose Abwicklung bei der Rückführung von Messe- und Ausstellungsgut in die DDR nach beendigten Messen und Ausstellungen in der Bundesrepublik zu gewährleisten, ist ab sofort wie folgt zu verfahren:

1. Beim Versand von Messe- und Ausstellungsgut ist das Blatt 4 des Warenbegleitscheines nicht sofort — wie auf der Rückseite des Warenbegleitscheines angegeben — vom Grenzkontrollpunkt DDR an das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zurückzusenden, sondern wird vom Grenzkontrollpunkt einbehalten, bis das Ausstellungsgut aus der Bundesrepublik zurückkommt oder vom Delegationsleiter für die jeweilige Messe oder Ausstellung eine Meldung vorliegt, daß das Ausstellungsgut in der Bundesrepublik verbleibt.

Das Blatt 4 des Warenbegleitscheines gilt gleichzeitig als Einfuhr genehmigung bei der Rückführung des Ausstellungsgutes aus der Bundesrepublik in die DDR.

Das Messe- und Ausstellungsgut darf nur über den Grenzkontrollpunkt DDR wieder eingeführt werden, bei dem das Blatt 4 des Warenbegleitscheines hinterlegt worden ist.

2. Für Ausstellungsgut, das auf Grund eines Warenbegleitscheines in die Bundesrepublik verbracht wurde, jedoch in Teilsendungen zurückgeführt wird, ist auf den Frachtbriefen der einzelnen Teilsendun-

gen zu vermerken, ob noch weitere Teilsendungen erfolgen, damit das Blatt 4 des Warenbegleitscheines nicht vor dem Passieren der letzten Sendung an das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zurückgeleitet wird.

3. Falls das gesamte Ausstellungsgut oder ein Teil desselben nach Beendigung der jeweiligen Veranstaltung in der Bundesrepublik verbleibt, hat der jeweilige Delegationsleiter zu veranlassen, daß der Grenzkontrollpunkt DDR, an dem das Blatt 4 des Warenbegleitscheines hinterlegt ist, unter Angabe der Warenbegleitschein-Nr. und Benennung der in Westdeutschland verbleibenden Waren formlos unterrichtet wird.

4. Nachdem das in die Bundesrepublik verbrachte Ausstellungsgut restlos in die DDR zurückgeführt wurde bzw. eine entsprechende Mitteilung des Delegationsleiters über das in der Bundesrepublik verbliebene Ausstellungsgut am Grenzkontrollpunkt DDR vorliegt, reicht der Grenzkontrollpunkt das Blatt 4 des Warenbegleitscheines nach Eintragung seiner Kontrollvermerke an das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zur Weiterleitung an das zuständige Handelsunternehmen zurück.

gez. Weiß
Stellvertreter des Ministers

Verfügung Nr. 31: Methodik der operativen Veränderungen des vorgeschlagenen Planes für 1957 während der Zeit der Abkommensverhandlungen mit den sozialistischen Ländern

10. 1. 57/TU/App. 808

Im Interesse der weiteren Verbesserung der Arbeit im Außenhandel der DDR ist es erforderlich, für eine schnelle und reibungslose Durchführung der Verhandlungen über die abzuschließenden Handelsabkommen für das Jahr 1957 mit den sozialistischen Ländern Sorge zu tragen. Dazu ist dringend notwendig, eine Regelung zu schaffen, die es insbesondere für die Zeit der Abkommensverhandlungen ermöglicht, Planverlagerungen und Planerhöhungen unbürokratisch und in kürzester Frist durchzuführen. Aus diesem Grunde und zur Stärkung und Festigung der Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter in den Außenhandelsorganen der DDR wird deshalb im Export für die Planverlagerungen innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsgebietes in Ergänzung der Dienstanweisung Nr. 028/55 vom 29. 9. 55 über die Methodik der Durchführung der Abkommensverhandlungen folgende Regelung getroffen:

I.

1. Grundlage und Ausgangspunkt für die Abkommensverhandlungen ist der Planvorschlag für das Jahr 1957, Planteil Land – Ware.
2. Innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsgebietes führen die Außenhandelsunternehmen Kontingenz-Verlagerungen eigenverantwortlich durch. Voraussetzung dafür ist, daß die Zustimmung des stellvertretenden Leiters der Delegation, aus deren Länderplan die Ware herausgenommen werden soll, vorliegt.

Ausgenommen von dieser Regelung sind die in der beiliegenden Liste aufgeführten Schwerpunktpositionen, zu denen Verlagerung die Genehmigung der HA Handelspolitik Sozialistische Länder (HA SL) einzuholen ist, die ihrerseits verpflichtet ist, sich vor der Verlagerung der mit einem x versehenen Positionen die Genehmigung der Leitung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel einzuholen.

Bei der Rückgabe freigewordener Kontingente und der Verlagerung dieser Kontingente ist bei Schwerpunktpositionen sinngemäß zu verfahren. Über freigewordene Kontingente der übrigen Planpositionen verfügt das zuständige Außenhandelsunternehmen eigenverantwortlich.

Die Generaldirektoren der Außenhandelsunternehmen haben einen Verantwortlichen für die Koordinierung der Planverlagerungen innerhalb ihres Außenhandelsunternehmens zu benennen.

3. Die stellvertretenden Delegationsleiter sind verantwortlich für die Bilanzierung des jeweiligen Länderplanes und Abkommens. Sie dürfen Verlagerungen nur dann zustimmen, wenn die handelspolitische Zielsetzung für die Abkommensverhandlungen dadurch nicht gefährdet wird.
4. Planverlagerungen zwischen den Planteilen sozialistisches Wirtschaftsgebiet und kapitalistisches Wirtschaftsgebiet werden von den Außenhandelsunternehmen bei der HA SL beantragt und von den Hauptabteilungen Handelspolitik nach gegenseitiger Abstimmung unter Hinzuziehung der zuständigen Hauptverwaltung entschieden. Die HA SL ist ihrerseits verpflichtet, vor der Verlagerung der auf angelegter Liste mit einem x versehenen Positionen die Genehmigung der Leitung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel einzuholen.

Verantwortlich: Hauptabteilungsleiter der HA Handelspolitik Sozialistische Länder, Kapitalistische Länder und IDH.

5. Planerhöhungen werden von den Außenhandelsunternehmen bei Staatsplannomenklaturpositionen bei der HA Planung beantragt. Dabei ist der Verfahrensweg lt. Verfügung Nr. 9 (VM-Blatt 3/56) über die Durchführung zusätzlicher Aufgaben im Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Abschnitt A 1a bis c, einzuhalten.

Den Anträgen ist die Stellungnahme der Produktionsministerien beizufügen. Außerdem müssen die Anträge den Vermerk „Verlagerung nicht möglich“ tragen. Selbständige Verhandlungen mit der Staatlichen Plankommission sind den Außenhandelsunternehmen und den Delegationen untersagt. Bei Planerhöhungen für sonstige Waren erfolgt die Klärung zwischen den Außenhandelsunternehmen und den Produktionsministerien unmittelbar, unter Anwendung des Verfahrensweges lt. Verfügung Nr. 9 (VM-Blatt 3/56) über die Durchführung zusätzlicher Aufgaben im Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Abschnitt A 2a und b. Die getroffenen Vereinbarungen sind protokollarisch festzulegen. Eine Durchschrift der Protokolle ist der HA Planung zu übergeben.

6. a) Bei allen Planverlagerungen und Planerhöhungen ist zu prüfen, ob durch sie eine Veränderung der Preisausgleiche ausgelöst wird. Vermindern sich die Preisausgleiche, so ist die HA Finanzen des MAI zwecks Berichtigung des Preisausgleichsplans zu benachrichtigen. Sind die veränderten Preisausgleichsbeträge in der Gesamtsumme der Preisausgleiche des Außenhandelsunternehmens enthalten, so kann eine Planverlagerung oder Planerhöhung vorgenommen werden ohne Benachrichtigung der HA Finanzen des MAI.

b) Ergibt sich eine Erhöhung der geplanten Preisausgleichssumme in dem betreffenden Außenhandelsunternehmen, so ist vor Bestätigung der Planverlagerung oder Planerhöhung die Genehmigung der HA Finanzen des MAI einzuholen.

Verantwortlich: Die die Planverlagerung oder Planerhöhung bestätigende Stelle, HA Planung, HA SL des MAI oder Außenhandelsunternehmen.

II.

Vorgesehener Verlauf der Verlagerung während der Abkommensverhandlungen:

1. Anfrage der Delegation, die ein zusätzliches Plankontingent benötigt, an das zuständige Außenhandelsunternehmen, Abteilung Planung.
2. Die Abt. Planung des Außenhandelsunternehmens stellt in Zusammenarbeit mit den Länderabteilungen und dem zuständigen Kontor fest, aus welchem Länderplan eine Verlagerung möglich ist und welche Veränderung der Preisausgleiche sich ergibt.
3. Anfrage der Abt. Planung des Außenhandelsunternehmens:
 - a) bei der mit dem in Frage kommenden Land verhandelnden Delegation, wenn das Plankontingent aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet genommen werden soll,
 - b) beim MAI, HA SL, wenn das Plankontingent aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet genommen werden soll.

In beiden Fällen bei der HA Finanzen des MAI, wenn sich eine Veränderung der Summe der geplanten Preisausgleiche entsprechend Absatz 1. Ob, ergibt.

4. Die Abteilung Planung des Außenhandelsunternehmens erhält Rückantwort, die vorgesehene Planverlagerung möglich ist oder nicht
 - a) von der abgebenden Delegation
 - b) von der HASL – HA-Leiter – und von der HA Finanzen des MAI, wenn die Verlagerung lt. Absatz I, 6b, zu behandeln ist.
5. Die Entscheidung über die Genehmigung zusätzlicher Plankontingente, Verlagerung oder Erhöhung ist durch die Abteilung Planung des Außenhandelsunternehmens telefonisch oder telegraphisch der anfragenden Delegation mitzuteilen. Schriftliche Bestätigung hat auf beiliegendem Vordruck innerhalb einer Woche zu erfolgen. Bei Verlagerungen erhält auch die abgebende Delegation oder die abgebende HA Handelspolitik eine Durchschrift der Bestätigung.
6. Nach endgültiger Verabschiedung der einzelnen Planpositionen haben die Delegationsleitungen die Abteilung Planung des jeweiligen Außenhandelsunternehmens über freigewordene Plankontingente sofort zu unterrichten.
Über die Verteilung der freigewordenen Kontingente entscheidet:
 - a) bei Schwerpunktpositionen lt. anliegender Liste die HASL auf Vorschlag der Abteilung Planung des Außenhandelsunternehmens. Bei den mit einem x versehenen Positionen ist die Genehmigung der Leitung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel einzuholen. Die Entscheidung ist der Planung des Außenhandelsunternehmens durch die HASL unverzüglich telefonisch mitzuteilen und schriftlich zu bestätigen.
 - b) bei allen übrigen Positionen die Abteilung Planung des Außenhandelsunternehmens in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Kontor und den Länderabteilungen.
7. Unmittelbar nach Abschluß der Abkommensverhandlungen hat die Abteilung Planung des Außenhandelsunternehmens der Abteilung Planung der zuständigen Hauptverwaltung den neuen Stand des Planes (Ware – Land) und der HASL den neuen Stand der Land-Ware-Pläne (SL) mitzuteilen.

gez. Hüttenrauch
Staatssekretär

Anlage zur Verfügung Nr. 31
Schwerpunktpositionen für Planverlagerungen
während der Abkommensverhandlungen 1957

VEH DIA Maschinen-Export:

1. Gummiband
2. Ausdrüstungen für die Bergbau- und die Kohleindustrie
3. Braum- und Abbaugeräte für den Tagebau
4. Krane
5. Wälzläger
6. Walzwerksausrüstungen

VEH DIA WMW-Export:

7. Spanabhebende Werkzeugmaschinen
8. Maschinen für spanlose Formung
9. Normalkorund
10. Edelkorund
11. Schleifscheiben und sonstige Schleifmittel
12. Siliciumcarbid

VEH DIA Chemieausrüstungen:

13. Kreiselpumpen
14. Dieselmotoren
15. Elektrolokomotiven
16. Personenkraftwagen
17. Mopeds
18. Motorräder
19. Fahrräder
20. Kühlwagen

VEH DIA Elektrotechnik:

21. Transp. Generatoraggregate mit Verbrennungsmotor
22. Stationäre Generatoraggregate
23. Trägerfrequenzgeräte
24. Kabel
25. Schweißmaschinen
26. Elektrokohlefabrikate

Handelsgesellschaft Feinmechanik Optik m. b. H.:

27. Geodätische Geräte
28. Physik.-optische Geräte
29. Materialprüfgeräte

Bergbau-Handels-G. m. b. H.:

- x 30. Braunkohlenbriketts
- x 31. Stickstoffdünger
32. Kalirohsalze
- x 33. Kalierzeugnisse
34. Natriumsulfat
- x 35. Ammonsulfat
- x 36. Kalkammonsalpeter
- x 37. Zement

VEH DIA Glas und Keramik:

38. Quarzglas
39. Quarzgut

VEH DIA Holz und Papier:

- x 40. Schreib- und Druckpapier
41. Hollerithkarton
- x 42. Zeitungsdruktpapier

Mineralöle Import und Export G. m. b. H.:

- x 43. Vergaserkraftstoff
- x 44. Diesekraftstoff

VEH DIA Chemie:

- x 45. Soda, calc.
- x 46. Ätznatron
- x 47. Schwefel
48. Calciumcarbonat
49. Magnesiumcarbonat
50. Essigsäureanhydrid
51. Trikresylphosphat
52. Palatinol
53. Foto- und Kinofilme
54. Magnettonband
55. Magnettonfilm
- x 56. PVC
57. Polystyrol
- x 58. Synthetischer Kautschuk
59. Rohmontanwachs
60. Kryolith
61. Chlor, fl.
- x 62. Methanol
- x 63. Butanol
64. DDT
65. Acetylenruß

VEH DIA Nahrung:

- x 66. Zucker

VEH DIA Textil:

- x 67. Zellwolle

Anlage zur Verfügung Nr. 31

Bestätigung der Planverlagerung

Bestätigung der Planerhöhung

Bestätigung der Plansenkung

Anfrage von:

vom:

Planpos.-Bezeichnung:

Menge:

Planpos.-Nr.:

Wert:

wird verlagert von:

nach:

wird erhöht:

wird gesenkt:

Neue Planhöhe des abgebenden Landes:

Neue Planhöhe des aufnehmenden Landes:

Leiter der Abteilung
Planung

Verfügung Nr. 32: Änderung der Verfügung Nr. 7/Fi 2/56/Erfassung der Vertreterprovisionen 21. 1. 57/We/App. 388

Unter Bezugnahme auf die Verfügung Nr. 7/Fi 2/56/Erfassung der Vertreterprovisionen, vom 23. 5. 56, ist für das Jahr 1957 auf dem Bericht folgender Genehmigungsvormerk anzubringen:
„Registriert bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik am 4. Januar 1957 unter Nr. 990/12, befristet bis zum 30. Juni 1957.“
Danach ist die nächste Berichterstattung am 20. Ja-

nuar 1957 und am 20. April 1957 für das I. bzw. II. Quartal 1957 fällig. Fehlmeldungen sind erforderlich.
Die Berichte sind unbedingt mit der Bezeichnung „streng vertraulich“ und „persönlich zu übergeben“ zu bezeichnen.
gez. Gerstenberger
Hauptbuchhalter

Verfügung Nr. 33: 2. Änderung* der Verfügung Nr. 10/Fi 3/56/Einholung von Bank- oder anderen Auskünften und Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle über die Einhaltung der Kreditlimite 22. 1. 57/We/App. 388

Der Abschnitt I, 1. Absatz dieser Verfügung erhält folgende Neufassung:
„Die Generaldirektoren sind grundsätzlich für die Festlegung der maximalen Höhe der an Kunden im kapitalistischen Wirtschaftsgebiet zu gewährenden Kredite verantwortlich und legen die Eigenverantwortlichkeit der Fachdirektoren und Kontordirektoren in bezug auf die Gewährung von Limiten schriftlich fest.“
Der Abschnitt IV, Pkt. 1, 4. Absatz ist wie folgt zu ändern:
„Der Kontorleiter bzw. Ein- und Verkäufer hat auf Grund der Auskunft unter Berücksichtigung eventuell bereits vorhandener Informationen die Zahlungsbedin-

gungen festzulegen und das Kreditlimit vorzuschlagen. Soweit hierbei neben der Auskunft anderweitige Informationen berücksichtigt werden, sind diese im Krediturteil unter Angabe der Quelle anzuführen.
Das Kontor ist verpflichtet, das Krediturteil dreifach innerhalb 2 Tagen auszufertigen. Nach Unterschrift durch den Verantwortlichen (entsprechend der Festlegung des Generaldirektors lt. Abschnitt I, 1. Absatz) ist das Krediturteil zusammen mit der Auskunft dem Auskunftsbearbeiter zuzuleiten.“

gez. Gerstenberger
Hauptbuchhalter

* 1. Änderung Vfg. Nr. 21 (VM-Blatt 5/56)

II. Mitteilungen

Allgemeines: Empfehlungen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel über den Abschluß von Betriebskollektivverträgen im Jahre 1957 in den Außenhandelsunternehmen

Kolleginnen und Kollegen!

Die Aufgaben des Außenhandels im zweiten Fünfjahrplan erfordern von allen Mitarbeitern des Außenhandels höchsten Einsatz. Zur Lösung der Aufgaben sollen erstmals im Jahre 1957 in allen Außenhandelsunternehmen Betriebskollektivverträge abgeschlossen werden, die gemeinsam vom Generaldirektor und der Betriebsgewerkschaftsleitung auszuarbeiten sind. Die Vorbereitungen für den BKV sind bis zu dessen Abschluß so zu organisieren, daß alle Mitarbeiter die Bedeutung erkennen und nach Abschluß des BKV diesen durch aktive Mitarbeit verwirklichen helfen.

Wir sind überzeugt, daß die gemeinsamen Vorbereitungen für den Abschluß des Betriebskollektivvertrages zur Entwicklung einer ständigen, gemeinsamen, zielstreibenden Arbeit des Leitungskollektivs und der ganzen Belegschaft (vertreten durch die Betriebsgewerkschaftsleitung) führen werden. Für die Aufstellung des BKV werden folgende Empfehlungen gegeben:

Der Betriebskollektivvertrag soll übersichtlich sein. Er hat die Aufgabe, die gesetzlich geregelten Bestimmungen zu realisieren. In der Einleitung zum Betriebskollektivvertrag ist von den Erfolgen, die das Außenhandelsunternehmen im Jahre 1956 erzielt hat, auszugehen. Es ist darzulegen, welche Anstrengungen und welche Methoden zur Erfüllung der Pläne geführt haben. Durch eine überzeugende Darstellung der er-

reichten Erfolge im Jahre 1956 wird es möglich sein, die Mitarbeiter des Außenhandels dafür zu gewinnen, ihre Leistungen zu steigern und ihre ganze Kraft für die Erfüllung der gestellten Aufgaben im Betriebskollektivvertrag für das Jahr 1957 einzusetzen. Der Betriebskollektivvertrag soll von allem bürokratischen Ballast frei sein. Es sind darin die Verpflichtungen der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsleitung und die grundsätzlichen Maßnahmen zur Lösung der Aufgaben festzulegen.

In vier Abschnitten ist der Betriebskollektivvertrag wie folgt zu gliedern:

- A. Aufgaben zur Planerfüllung, zur Verbesserung der Arbeitsorganisation sowie Senkung der Selbstkosten.
- B. Fragen der Entlohnung und betriebliche Festlegung über Arbeits- und Lebensbedingungen und die Heranbildung von fachlichem Nachwuchs sowie Erwachsenenqualifizierung.
- C. Aufgaben zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, des Ferienendienstes und der Sozialversicherung.
- D. Aufgaben auf dem Gebiet der kulturellen Massenarbeit und des Sports.

In den einzelnen Abschnitten sind auch grundsätzliche Verpflichtungen zur Frauen- und Jugendförderung sowie zur Verbesserung des Arbeitsschutzes aufzuneh-

- a) Treffen einzelne Ausstellungsgüter ein, so ist vom Grenzkontrollamt die Identitätskontrolle durchzuführen. Der VEB Deutrans hat die Güter von dem jeweiligen IWBS an Hand der beiliegenden Währungsfakturen abzuschreiben. Das Grenzkontrollamt kontrolliert und zeichnet die Abschreibung ab und setzt die Güter in den freien Verkehr.
- b) Ist an der Grenze eine Kontrolle der rückgeführten Waren aus technischen Gründen nicht möglich, so sind die Waren auf Antrag des VEB Deutrans im Zollanweisungsverfahren an das zuständige Binnenkontrollamt zu überweisen. In diesem Falle wird die 3. Ausfertigung der Währungsfaktura der Erstschrift des Zollbegleitscheines A oder B (Vordruck der Internationalen Zollanmeldung) und die 4. Ausfertigung der Währungsfaktura der Zweitschrift des Zollbegleitscheines beigelegt.

Der Befund hat zu enthalten:

Die Anzahl der Koffis, die angelegten Zollverschlüsse, die Nr. des Global-IWBS, den Vermerk über die Übereinstimmung der Angaben der Währungsfaktura und des IWBS, Unterschrift und Dienststempelabdruck.

Die von dem VEB Deutrans an Hand der Währungsfakturen erfolgte Abschreibung ist vom Grenzkontrollamt zu kontrollieren und abzuziehen.

Die Waren sind einer äußeren Zollbeschau zu unterziehen. Die Wiedergestellungsfrist für die Zollbegleitscheine beträgt 4 Wochen. Das Binnenkontrollamt fertigt die Waren auf Antrag des

Empfängers an Hand der Währungsfakturen nach innerer Zollbeschau zum freien Verkehr ab.

- c) Treffen Ausstellungsgüter in geschlossenen Sammelgutwaggons ein, so sind diese ebenfalls im Zollanweisungsverfahren an das Bestimmungskontrollamt zu überweisen.
Verfahren wie Buchstabe b).
- d) Wird vom Binnenkontrollamt festgestellt, daß die Währungsfaktura mit den Waren nicht übereinstimmt, so ist der Sachverhalt zu klären und das Ergebnis dem Grenzkontrollamt gegebenenfalls zwecks Berichtigung der Abschreibung mitzuteilen.

3. Der Global-IWBS wird nach Ablauf der Gültigkeitsfrist vom VEB Deutrans an das MAI eingesandt und an die ausstellende Stelle weitergeleitet.

III.

- 1. Die Außenhandelsunternehmen sind für die Kontrolle über den Eingang der Zahlungen für im Ausland verkaufte Exponate verantwortlich.
- 2. Die Außenhandelsunternehmen sind für die Kontrolle der Ordnungsmäßigkeit der im Ausland als Repräsentationswaren oder als Koatproben unentgeltlich abgegebenen Exponate verantwortlich.
- 3. Die Brigadeleiter der Außenhandelsunternehmen oder ihre Beauftragten tragen die Verantwortung für die Übergabe ordnungsmäßiger Unterlagen an den Transportbeauftragten über die zurückzuführenden Messegüter.

gez. Hüttenrauch, Staatssekretär

Beilage zum VM-Blatt Nr. 3'

Verfügung Nr. 29: Verfahren bei der Abfertigung von Waren für ausländische Messen und Ausstellungen

28.1.57 Hu. App. 1707

Zur Vereinfachung des Versandes und der Aus- und Einführkontrolle von Messegütern wird folgendes festgelegt:

I. Ausfuhr der Messegüter

1. Die Lieferbetriebe erhalten vom zuständigen Außenhandelsunternehmen die Ausstellungsaufträge.
2. Der VEB Deutrans, welcher vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel als Messepediteur beauftragt ist, richtet zu den jeweiligen ausländischen Messen und Ausstellungen eine Messeleitstelle ein. Diese ist für den ordnungsgemäßen Transport der Güter und für die Beschaffung der Aus- und Einfuhrgenehmigungen verantwortlich.
3. Von der Messeleitstelle erhalten die Lieferbetriebe die erforderlichen Versandinstruktionen.

Die Lieferbetriebe haben für Waren, die für Auslandsmessen und -ausstellungen bestimmt sind, die Abfertigung beim zuständigen Binnenkontrollamt zu beantragen.

Als Zollanmeldung sind vom Lieferbetrieb – außer den ggf. für das Ausland erforderlichen Währungsfakturen – 4 Fakturen in deutscher Sprache ohne Wertangabe auszustellen und mit den abzfertigten Gütern dem Kontrolleur des Binnenkontrollamtes vorzulegen.

Die Währungsfakturen sind vom Lieferbetrieb deutlich mit Erst-, Zweit-, Dritt- und Viertschrift zu kennzeichnen.

Die Ausfertigung und Vorlage von Zollbegleitscheinen, Nämlichkeitsscheinen und Ausfuhrinredungen durch die Betriebe entfällt somit.

4. Die Waren sind der inneren Zollbeschau zu unterziehen. Ihre Nämlichkeit ist gemäß der Allgemeinen Zollordnung § 206 zu sichern.

Nach beendeter Kontrolle fertigt der Kontrolleur auf den Rückseiten der 4 Währungsfakturen den Abfertigungsbefund mit Angabe der Nämlichkeitssicherung. Im Befund ist die Anzahl der Blätter der Währungsfakturen zu vermerken. Der Abfertigungsbefund ist mit Datum, Unterschrift und Dienstsiegelabdruck zu bestätigen. Jedes weitere Blatt der Währungsfaktura wird auf der Rückseite mit einem Dienstsiegelabdruck und Unterschrift versehen.

5. Die 3. und 4. Ausfertigung der Währungsfakturen mit Abfertigungsbefund des Binnenkontrollamtes werden vom Lieferbetrieb direkt an die Messeleitstelle versandt. Diese dienen als Grundlage für die Ausfertigung des Global-EWBS. Nach Ausfertigung des EWBS werden die Währungsfakturen von der Kammer für Außenhandel in das Ausstellungsland mitgenommen. Während der Messe werden die Währungsfakturen dem Brigadeliefer oder dessen Beauftragten des jeweils zuständigen Außenhandelsunternehmens übergeben.

Der ausgefertigte Global-EWBS wird vom VEB Deutrans beim vorgesehenen Grenzübergangspunkt (Grenzkontrollamt) hinterlegt.

6. Die 1. und 2. Ausfertigung der Währungsfakturen werden wie Blatt 1 und 2 der Ausfuhrmeldung behandelt. Zu diesem Zweck hat der Lieferbetrieb auf der Vorderseite der 1. und 2. Ausfertigung der Währungsfakturen einen Stempelabdruck „Gilt als Ausfuhrmeldung“ anzubringen. Die 1. und 2. Ausferti-

gung der Währungsfakturen begleiten die Waren bis zum Grenzkontrollamt. Die Gültigkeit dieser Währungsfakturen ist auf 8 Wochen, gerechnet vom Tage der Abfertigung durch das Binnenkontrollamt, festzusetzen, da die Güter nicht sofort zum Versand gebracht werden können. Der Versand erfolgt erst nach Abruf durch die Messeleitstelle. Die Lieferbetriebe dürfen die kontrollierten Waren nicht verändern oder vertauschen und sind für die Einhaltung der Nämlichkeitssicherung bis zur Übergabe an den ersten Warenführer voll verantwortlich.

7. Wird Messegut der Messeleitstelle zugeleitet und werden von dieser Sammelgutsendungen zusammengestellt, so sind diese Sendungen unter Zollaufsicht zu verladen. An Hand der Währungsfakturen fertigt der VEB Deutrans Ladelisten an. Diese Dokumente dienen als Grundlage für die Verladung der Sammelgutsendungen.

Ein entsprechender Befund über die Abfertigung ist vom Kontrolleur auf der Ladeliste anzubringen.

Der Kontrolleur hat die zu den Stückgütern gehörenden Währungsfakturen für jeden Waggon und die Ladeliste in einem gesonderten Umschlag, der den deutlichen Vermerk „Papiere zum Waggon Nr. ...“ zu tragen hat, zu versiegeln und an den vorgeschriebenen Grenzübergangspunkt zu adressieren. Der Waggon ist mit einem entsprechenden Raumverschluß zu versehen. Auf dem Umschlag ist die genaue Anzahl und Prägezeichen der angelegten Zollplomben anzugeben.

Der Umschlag ist dem Frachtbrief beizufügen und verlustsicher anzubringen.

Der Sammelgutwagen ist vom Grenzkontrollamt einer äußeren Beschau zu unterziehen. Eine innere Zollbeschau dieser Sammelgutwagen erfolgt nur bei Verletzung des Zollverschlusses. Die Abschreibung der Ausstellungsgüter erfolgt auf dem beim Grenzkontrollamt hinterlegten Global-EWBS an Hand der Währungsfakturen.

Auf der 1. und 2. Ausfertigung der Währungsfakturen bestätigt das Grenzkontrollamt die Ausfuhr. Die 1. Ausfertigung wird nach Ablauf der Gültigkeitsfrist mit dem Global-EWBS an das MAI eingesandt und an die ausstellende Stelle weitergeleitet. Die 2. Ausfertigung begleitet die Ware bis zum Empfänger.

II. Wiedereinfuhr der Messegüter

Nach Abschluß der Messe hat der zuständige Brigadeliefer auf der 3. und 4. Ausfertigung der Währungsfakturen (die den Abfertigungsbefund des Binnenkontrollamtes enthalten), die verkauften, als Repräsentationsware verbrauchten oder wegen Wertlosigkeit vernichteten Ausstellungsgüter abzuschreiben. Er und ein weiterer verantwortlicher Mitarbeiter der Brigade haben die Abschreibung durch ihre Unterschrift zu bestätigen. Die so berichtigten Währungsfakturen dienen dem Transportbeauftragten als Grundlage für die Beantragung des Global-IWBS.

Der Global-IWBS wird bei der Grenzstelle des VEB Deutrans hinterlegt.

2. Die Währungsfakturen mit den bestätigten Abschreibvermerken müssen rechtzeitig zur Wiedereingangsabfertigung beim Grenzkontrollamt vorliegen.

men. Die detaillierten Teile, die zur Frauen- und Jugendförderung sollen Bestandteil des Ausbildungspfanes der Kaderabteilung sein, über dessen Erfüllung insbesondere in Frauen- und Jugendversammlungen Rechenschaft abgelegt werden soll.

Der Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen ist nicht Bestandteil des Betriebskollektivvertrages. Im Betriebskollektivvertrag ist jedoch eine Verpflichtung zur quartalsweisen Überprüfung dieses Pfanes aufzunehmen.

Zum Abschnitt A.

Aufgaben zur Pfanefüllung, zur Verbesserung der Arbeitsorganisation sowie Senkung der Selbstkosten
Eingangs dieses Abschnittes ist zum Ausdruck zu bringen, daß durch die weitere Mechanisierung und Verbesserung der Arbeitsorganisation sowie die umfassende Organisierung des sozialistischen Wettbewerbes und die Verbreiterung des Vorschlags- und Erfindungswesens

- a) die vorfristige Erfüllung der Ex- und Importpläne, besonders der Valutapläne,
- b) die Steigerung des Valutaufkommens und damit Senkung der Preisausgleichsmittel durch eine konsequente Preispolitik,
- c) die Senkung der Regiekosten und Einsparung von Devisen für Reise- und Messekosten erreicht werden sollen.

In diesem Abschnitt hat die Betriebsleitung die Verpflichtung zu übernehmen, nach Eingang des Pfanes die Pfanzahlen bis auf die kleinste operative Einheit aufzuschlüsseln und allen Mitarbeitern zu erläutern. Der sozialistische Wettbewerb von

Mann zu Mann,
Gruppe zu Gruppe,
Kontor zu Kontor

muß unter Abschnitt A. behandelt werden, da er 1957 der Hebel für die Erfüllung und Übererfüllung der Pfanaufgaben werden muß. Die Betriebsleitung hat in ihren Verpflichtungen dafür zu sorgen, daß ein ständiger Erfahrungsaustausch unter den Kollegen stattfindet. Die laufende Kontrolle der persönlichen Verpflichtungen der Mitarbeiter, die sich auf die Verbesserung des Arbeitsergebnisses beziehen, sowie die öffentliche Führung und Auswertung des Wettbewerbes und eine kurzfristige Prämierung müssen unbedingt durch Verpflichtungen der Betriebsleitung gewährleistet sein. Zur Entwicklung des Vorschlags- und Erfindungswesens auf der Grundlage konkreter Themenstellungen zur Lösung der Schwierigkeiten der Außenhandelsunternehmen sind alle Mitarbeiter an der Einreichung von Verbesserungsvorschlägen zu interessieren.

Verpflichtungen hierzu im Betriebskollektivvertrag sollen keine gesetzlich festgelegten Maßnahmen enthalten, sondern aussagen, wie Betriebs- und Gewerkschaftsleitung das Vorschlagswesen zur Massenbewegung entwickeln wollen.

Die regelmäßige Durchführung von Handelsberatungen mit der Führung von Beschußprotokollen ist durch die Gewerkschafts- und Betriebsleitungen zu gewährleisten. Die Auswertung der in den Handelsberatungen gefassten Beschuße darf höchstens 10 Tage in Anspruch nehmen, wobei die Realisierung der Vorschläge in kürzester Frist erfolgen muß.

Zum Abschnitt B.

Fragen der Entlohnung und betriebliche Festlegungen über Arbeits- und Lebensbedingungen und die Heranbildung von fachlichem Nachwuchs sowie Erwachsenenqualifizierung

a) Entlohnung

Über die richtige Anwendung und Einhaltung der z. Z. bestehenden Bestimmungen über die Entlohnung

nung der Mitarbeiter der Außenhandelsunternehmen ist eine laufende Kontrolle zu führen. Durch Verbesserung der politischen Massenarbeit in bezug auf die Erläuterung der Prinzipien unserer Lohnpolitik sind Tendenzen der Gleichmacherel und unsachgemäße Einstufungen der Mitarbeiter zu überwinden.

b) Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrages dürfen sich nicht einseitig auf Maßnahmen zur hohen Pfanefüllung beziehen. Es ist davon auszugehen, daß in unseren sozialistischen Betrieben die besondere Fürsorge den Werktagen gehört. Deshalb ist in Verpflichtungen dafür zu sorgen, daß eine ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter eintritt. Dazu gehört, daß den Mitarbeitern bei schwierigen Wohnverhältnissen Unterstützung gewährt und die Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften für den Außenhandel vorbereitet wird. Auf die weitere Verbesserung der Werksverpflegung (Wahlessen, Diäten usw.), die zweckmäßige Ausgestaltung der Speise- und Aufenthaltsräume sowie der sanitären Anlagen muß ständig eingewirkt und die hierfür erforderlichen Mittel sind im Betriebskollektivvertrag zur Verfügung zu stellen. Die finanziellen Mittel des Betriebes und der Gewerkschaftskasse für soziale Unterstützungen, wie z. B. bei Eheschließungen, Geburten und Sterbefällen sind ebenfalls im Betriebskollektivvertrag vorzusehen.

Darüber hinaus sind Maßnahmen festzulegen, die garantieren, daß die Durchsetzung der Betreuung der Mitarbeiter im Ausland auf der Grundlage der Bestimmungen erfolgt (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Nr. 4/1956).

c) Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und Erwachsenenqualifizierung

Es kommt darauf an, planmäßig und systematisch die politische und fachliche Qualifikation der Arbeiter und Angestellten, Frauen und Jugendlichen entsprechend den konkreten Aufgaben des jeweiligen Betriebes zu erhöhen.

Die in den Außenhandelsunternehmen eingesetzten Vorpraktikanten sind an Hand von besonders aufzustellenden Durchlaufplänen und Qualifizierungsmaßnahmen für ihr Direktstudium an der Hochschule für Außenhandel vorzubereiten.

Die Ausbildung unserer Lehrlinge zu Außenhandelskaufleuten ist durch Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag, der konsequenten Einhaltung der Ausbildungsrichtlinie und den Abschluß von Patenschaftsverträgen zwischen jedem Lehrling und einem leitenden Angestellten zu gewährleisten. Bei der Durchführung des Berufswettbewerbes der Deutschen Jugend 1957 ist den Lehrlingen weitgehende Unterstützung zu geben. Dieser Abschnitt hat auch Verpflichtungen für die Förderung der Initiative der Jugend und ihre fachliche und gesellschaftliche Qualifizierung zu enthalten. Zur Erreichung dieser gestellten Aufgaben ist die Mitarbeit geeigneter Kräfte notwendig. Die Mittel hierfür müssen im Betriebskollektivvertrag bereitgestellt werden. Zur weiteren Qualifizierung von Frauen für derzeitige und höhere Funktionen sind sowohl entsprechende Voraussetzungen zur fachlichen Weiterbildung (zahlenmäßige Festiegung ist erforderlich) als auch der sozialen Unterstützung zur Unterbringung der Kinder zu schaffen.

Es ist zu empfehlen, in diesem Abschnitt zur Ausbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter mittels des Fernstudiums und Kursen an den Abendschulen Stellung zu nehmen und Verpflichtungen zur Unterstützung ihres Studiums festzulegen. Zur Erhöhung der fachlich-wissenschaftlichen Kenntnisse aller Mitarbeiter sind Vorträge der Handelspolitik, Sprachkurse usw. zu organisieren.

Zum Abschnitt C.

Aufgaben zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitschutzes, des Feriendienstes und der Sozialversicherung

a) Arbeits- und Gesundheitsschutz

Ausgehend vom Grundsatz, daß in unserem Staat die Sorge um den Menschen im Vordergrund steht, sollen in diesem Abschnitt solche Maßnahmen festgelegt werden, die dem Arbeitsschutz und der Gesunderhaltung der Mitarbeiter dienen. Dazu gehört, daß regelmäßige Betriebsbegehungen zur Feststellung und Be seitigung von Unfallursachen sowie zur Brandschutzsicherung durchgeführt werden. Es ist zu empfehlen, bei der Inbetriebnahme neuer Arbeitsräume durch Überprüfung bzw. gutachtliche Stellungnahme durch den Sicherheitsinspektor bzw. die Arbeitsschutzzinspektion bestätigten zu lassen, daß die Arbeitsräume den Anforderungen entsprechen. Es ist durch die Betriebsleitungen zu garantieren, daß zur Entlüftung und Winterfestmachung der Arbeitsräume Vorsorge getragen wird und die Durchführung des Arbeits schutz-Monats erfolgt. In diesem Abschnitt sollen weiterhin Maßnahmen enthalten sein, die der Gesunderhaltung der Mitarbeiter dienen. Dazu gehören Reihenuntersuchungen, vorbeugende Krebsuntersuchungen bei weiblichen Mitarbeitern, Schaffung von Frauenruheräumen usw.

Es ist notwendig, Maßnahmen für den Neubau, die Erweiterung und Instandhaltung sowie Kontrolle der hygienischen Einrichtungen und den Abschluß von Verträgen mit benachbarten Betriebspolikliniken aufzunehmen. Die Auswertung von Krankenstatistiken muß regelmäßig erfolgen, um entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung sich häufender Krankheitsfälle, die betriebsbedingt sind, einzuleiten.

In Verbindung mit dem Deutschen Roten Kreuz soll in jedem Betrieb dafür gesorgt werden, daß mehrere Mitarbeiter als Gesundheitshelfer ausgebildet werden und die erforderliche medizinische Ausrüstung vorhanden ist.

Damit jeder Beschäftigte auch während einer Krankheit die Fürsorge des Betriebes spürt, ist die Betreuung erkrankter Belegschaftsmitglieder sicherzustellen und die Gewährung von materiellen Unterstützungen aus dem Direktor fonds und der Gewerkschaftskasse vorzusehen. In diesem Abschnitt ist die Aufschlüsselung der für 1957 vorgesehenen Mittel für Arbeits- und Gesundheitsschutz vorzunehmen sowie eine laufende Kontrolle über die zweckentsprechende und termingemäße Verwendung seitens der Betriebsgewerkschaftsleitung auszuüben.

b) Sozialversicherung und Feriendienst

Zu den Aufgaben der Sozialversicherung und des Feriendienstes sind in den Betriebskollektivverträgen Verpflichtungen zur rechtzeitigen und sorgfältigen Erarbeitung der Haushaltspläne der Sozialversicherung sowie Verpflichtungen zur monatlichen Kontrolle über kurzfristige Barleistungen durch das Plankollektiv zu übernehmen. Auch hier ist die Kontrolle der richtigen Verwendung der Mittel der Sozialversicherung durch die Betriebs gewerkschaftsleitung zu gewährleisten.

Anfang des Jahres ist ein Urlaubsplan aufzustellen, der die Gewähr dafür gibt, daß jeder Mitarbeiter im Kalenderjahr seinen Urlaub zusammenhängend erhält. Gleichzeitig ist zu erreichen, daß die zur Verfügung stehenden Ferienreisen des FDGB, auch Winterreisen, voll ausgenutzt werden. Die Plätze sind nach Leistung und Bedürftigkeit zu verteilen und für besondere Fälle sind Verpflichtungen zur finanziellen Unterstützung aus betrieblichen Mitteln im Betriebskollektivvertrag aufzunehmen. Berufsschulpflichtigen ist der Urlaub möglichst während der Berufsschulferien zu gewähren.

Zum Abschnitt D.

Aufgaben auf dem Gebiete der kulturellen Massenarbeit und des Sports

In diesem Abschnitt ist durch Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag der weitverbreiteten Ansicht entgegenzuwirken, daß die kulturelle Massenarbeit nur Latenspiel, Sport und Tanz beinhaltet. Es ist zu sichern, daß durch Mittel der kulturellen Massenarbeit die Arbeitsergebnisse fördernd beeinflußt werden. Bei der Entwicklung des Vortragswesens sind Probleme des Allgemeinwissens, der naturwissenschaftlichen Kenntnisse sowie die unmittelbaren Lebensfragen der Mitarbeiter zu behandeln. Die Schaffung und Ausgestaltung von Schulungs- und Kulturräumen ist festzulegen. Die Mittel hierfür sind bereitzustellen.

Die Anwendung von Neuerermethoden und Verbesserungsvorschlägen sind durch Erfahrungsaustausch, Ausstellungen, Arbeit mit der Wandzeitung usw. zu unterstützen.

Um die Arbeit mit den Kindern weiter zu verbessern, sind nicht nur der Internationale Kindertag, das Weihnachtsfest und der Fasching mit ihnen zu feiern, sondern dazu gehört auch eine gute Vorbereitung der Kinderferienaktion im Sommer und Winter und z. B. Schulungen der Lagerleiter und Helfer, die Einladung westdeutscher Kinder und vor allem Elternaussprachen. Auch die Patenschaftsverträge mit allgemeinbildenden Schulen sind mit aufzunehmen.

In diesem Abschnitt sollen auch Verpflichtungen zur Entwicklung des Massensports, der weiteren Werbung von Mitgliedern für die Sportgemeinschaften und Gründung weiterer Sparten sowie der Entfaltung eines regen Sportverkehrs zwischen Ost und West enthalten sein. Die erforderlichen Mittel zur Förderung des Sports sind im Betriebskollektivvertrag zu sichern.

Schlüssebestimmungen

Hier ist festzulegen, in welcher Weise die Betriebsleitung und Betriebsgewerkschaftsleitung die Erfüllung der Verpflichtungen im gesamten Betriebskollektivvertrag organisieren werden und wie sie alle Kollegen der Außenhandelsunternehmen in die Massenkontrolle einbeziehen wollen.

Festzulegen ist, daß die Rechenschaftslegungen über die Erfüllung der Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrages vierteljährlich von den Kollegen des gesamten Außenhandelsunternehmens in Vertrauensleute-Vollversammlungen in der Zeit vom 15. d. M. nach Quartalsabschluß bis zum 15. des darauf folgenden Monats zu erfolgen haben. Gleichzeitig verpflichtet sich die Betriebsleitung, den Betriebskollektivvertrag spätestens vier Wochen nach erfolgtem Abschluß zu vervielfältigen. Sämtliche Beschäftigten der Außenhandelsunternehmen müssen den Inhalt des Betriebskollektivvertrages kennen.

Der Betriebskollektivvertrag für das Jahr 1957 ist spätestens bis zum 28. 2. 1957 abzuschließen. Eine Registrierung wird nicht vorgenommen. Er tritt sofort nach der Unterzeichnung in Kraft. Je ein Exemplar ist dem Bezirksvorstand und Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel sowie dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutsche Handel zur Verfügung zu stellen. Die Grundlagen für diese Erarbeitung sind

- a) der Betriebsplan,
- b) die vorliegenden Empfehlungen,
- c) die gesetzlichen Bestimmungen über den Abschluß von Betriebskollektivverträgen.

Um das Interesse aller Mitarbeiter am Betriebskollektivvertrag und der Erfüllung der Verpflichtungen zu wecken, werden die Abschlußarbeiten im Gegensatz zum Vorjahr vereinfacht.

Der Abschluß des Betriebskollektivvertrages soll in zwei Etappen erfolgen:

Zu Beginn des neuen Jahres hat eine gemeinsame Sitzung der Betriebsleitung und der Betriebsgewerk-

schaftsleitung zur Vorbereitung des Betriebskollektivvertrages zu erfolgen, in der die Vorschläge für den Abschluß des Betriebskollektivvertrages entwickelt werden. In dieser Sitzung erfolgt die Bestätigung der zentralen Kommission zur Erarbeitung des Betriebskollektivvertrages, die sich aus Vertretern der Betriebs- und Gewerkschaftsleitung zusammensetzt. Den Vorsitz der zentralen Kommission führt der Generaldirektor. In der darauf folgenden Aktivtagung der Gewerkschaftsfunktionäre werden die auf der gemeinsamen Sitzung erarbeiteten Probleme dargelegt und dem gesamten Betrieb die Orientierung für den Abschluß des Betriebskollektivvertrages gegeben.

Zur Erarbeitung der einzelnen Teilausschnitte des Betriebskollektivvertrages werden keine besonderen Kommissionen gebildet, sondern die gewerkschaftlichen Kommissionen für diese Zeit durch Vertreter der Betriebsleitung und anderen Außenhandelsmitarbeitern mit besonderen Erfahrungen auf den verschiedenen Fachgebieten verstärkt. In verantwortlicher, gemeinsamer Arbeit der in diesen Kommissionen tätigen Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre werden die Vorschläge für den 1. Entwurf des Betriebskollektivvertrages erarbeitet, die mit den Vorschlägen aus den Handelsberatungen von den zentralen Kommissionen zusammengestellt werden.

Da in diesem Stadium der Vorbereitung im allgemeinen keine Gruppenversammlungen durchgeführt werden, ist eine Publizierung der Vorschläge an den Wandzeitungen und durch Betriebsfunk erforderlich. Die

Vorschläge sind zu veröffentlichen, so daß jeder Beschäftigte die Möglichkeit hat, seine Bemerkungen und ergänzenden Hinweise der zentralen Kommission zu übermitteln.

Nach der Ergänzung des Entwurfes durch die Vorschläge der Mitarbeiter werden in der zweiten Etappe Versammlungen des gesamten Betriebes oder Vertrauensleute-Vollversammlungen durchgeführt, in denen die Begründung und Diskussion des Betriebskollektivvertrages erfolgt. In dieser Versammlung wird der Betriebskollektivvertrag abgeschlossen.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Arbeit nicht mit dem Abschluß beendet ist, sondern unmittelbar nach Abschluß des Betriebskollektivvertrages die Organisierung der Massenkontrolle erfolgen muß.

Die Verpflichtungen in den einzelnen Teilausschnitten müssen die Grundlage für die Arbeitspläne der Betriebsleitung, der Betriebsgewerkschaftsleitung und ihren Kommissionen werden. In den Gruppen- und Handelsberatungen ist laufend zur Erfüllung der Verpflichtungen Stellung zu nehmen.

Berlin, den 21. Dezember 1956

gez.: Goetzelt
Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel
1. V. gez. Wächter
Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen
Handel

Verkehr: Ausfertigung der Versandaufträge

16.1.57/Ri-232 1749

Die Anweisung vom 18. 9. 1956* über die Ausfertigung der Konnossemente bei Lieferungen im Levante-Verkehr ab Wismar sieht vor, daß Warenbezeichnungen in englischer und französischer Sprache im Versandauftrag vermerkt werden müssen.

Diese Anweisung wird vielfach nicht beachtet.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorschrift unbedingt beachtet werden muß, da sonst zeitraubende

Rückfragen erforderlich werden, die eine planmäßige Abwicklung der Transporte verhindern.

Nach allen anderen Relationen müssen in den Versandaufträgen Warenbezeichnungen ebenfalls zusätzlich in einer Fremdsprache angeführt werden. Hierfür sind die Hinweise in den „Konsulats- und Mustervorschriften“ zu beachten

gez.: Wächter
Stellvertreter des Ministers

Nur für Dienstgebrauch!

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1957

Berlin, den 15. März

Nr. 4

SIEGER

IM SOZIALISTISCHEN WETTBEWERB

IV. QUARTAL 1956

Siegerbetrieb im Wettbewerb um die Wanderfahne des Ministerrates:

VEH DIA Holz und Papier Prämie: DM 8000.-

Siegerbetriebe im Wettbewerb um die Wanderfahne des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:

Wettbewerbsgruppe II

Deutsche Export- und Importgesellschaft
Feinmechanik - Optik mbH. Prämie: DM 5000.-

Wettbewerbsgruppe III

VEH DIA Textil Prämie: DM 6000.-

Wettbewerbsgruppe IV

Deutsche Stahl- und Metall
Handelsgesellschaft mbH. Prämie: DM 6000.-

Wir wünschen den Mitarbeitern dieser Außenhandelsunternehmen
weiteren Erfolg.

MINISTERIUM FÜR AUSSENHANDEL
UND INNERDEUTSCHEN HANDEL

Inhaltsverzeichnis

I. Verfügungen

Nr. 34:	Fl 1/57 Kontenrahmen 1957	22
Nr. 35:	Fl 2/57 Erläuterungen zum Finanzbericht Außenhandel – FBA – 1957	22
Nr. 36:	Werbung der Außenhandelsunternehmen in Indien	25
Nr. 37:	Versand von Kleinstmengen und Ersatzteilen im innerdeutschen Handel auf Grund von Globalgenehmigungen	26

II. Mitteilungen

Allgem.:	Maßnahmen, die das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zur Veränderung der Reklamationen im Außenhandel getroffen hat und den beteiligten Ministerien empfiehlt	26
Allgem.:	Lenkung der bautechnischen Projektierung für Auslandsvorhaben	28
Arbeit:	Wettbewerbsbedingungen für die Betriebe im Bereich des MAI zum Massenwettbewerb um die Wanderfahne im Jahre 1957	29

I. Verfügungen

Verfügung Nr. 34: Fl 1/57 Kontenrahmen 1957

13. 2. 57/0330/App. 388

I.
Gemäß Anordnung über die Buchführung und buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Handelsbetriebe vom 23. 10. 1956 (GBl. I/102/56), § 20, 1. Abs., ist der als Sonderdruck bereits veröffentlichte Fachkontenrahmen des Außenhandels der DDR mit Wirkung vom 1. 1. 1957 in allen Außenhandelsunternehmen der DDR einzuführen.

II.
Die Außenhandelsunternehmen sind verpflichtet, einen betrieblichen Kontenplan aufzustellen. Es ist zulässig, entsprechend den besonderen Bedürfnissen der Außen-

handelsunternehmen eine weitere Unterteilung der im Rahmenkontenplan festgelegten Konten vorzunehmen. Bei einer weiteren Unterteilung ist von dem Grundsatz der größtmöglichen Einsparung von Konten und Verringerung von Einzelbuchungen auszugehen. Der Kontenrahmen kann als Kontenplan benutzt werden.

III.
Ergänzungen und Erweiterungen des Kontenrahmens, die sich im Laufe des Planjahres 1957 ergeben, werden in den Verfügungen und Mitteilungen veröffentlicht.

gez. Hüttenrauch
Staatssekretär

Verfügung Nr. 35: Fl 2/57 Erläuterungen zum Finanzbericht Außenhandel – FBA – 1957

9. 2. 57/0330/App. 388

A. Allgemeines

1. Die gesetzliche Grundlage für die monatliche Berichterstattung über die Planerfüllung im Finanzbericht (FBA) ist durch die im GBl. II/38/56 veröffentlichte Anordnung über die Finanz- und Valutaberichterstattung der Außenhandelsunternehmen, des VEB Leipziger Messeamt, des VEB Deutrans und Deutfracht vom 27. August 1956 gegeben. Termine und Verteiler sind im § 2 dieser Anordnung festgelegt.
2. Sämtliche Werte sind in Tausend DM (ohne Kommasstelle) anzugeben.
3. a) In den Spalten „Jahresplan“ ist das geplante Soll für das Planjahr 1957 lt. Betriebspian, in den Spalten „Soll“ sind kumulative Werte, d. h. vom 1. 1. 1957 bis zum Ende des Berichtszeitraumes, einzutragen.
b) In den Spalten „Ist“ sind kumulative Werte einzutragen.
c) Die Spalten 5 und 10 der Abschnitte II–IV zeigen die Erfüllung in % zum Soll des Berichtszeitraumes, während die Spalten 8 und 11 die Erfüllung in % zum Jahresplan ausweisen.
4. Die Angaben im Finanzbericht sind grundsätzlich aus dem Buchwerk zu entwickeln. Es ist unzulässig, ohne ausdrückliche Anweisung bzw. Zustim-

mung des MAI Veränderungen von Bezeichnungen, Spalten usw. vorzunehmen oder zusätzliche Angaben aufzunehmen.

5. Der Hauptbuchhalter bestätigt auf der Rückseite des FBA die Übereinstimmung der „Ist“-Werte mit den Aufzeichnungen des Rechnungswesens.
Der Planungsleiter ist für die Richtigkeit der Planzahlen lt. Betriebspian verantwortlich und bestätigt durch seine Unterschrift die Übereinstimmung der im FBA ausgewiesenen Planzahlen mit dem Betriebspian.

B. Erläuterung der Abschnitte I–VIII

1. Erfüllungsstand der Umsätze nach SL, KA, IdH
Im Abschnitt I wird der Erfüllungsstand der Umsätze zum Jahresplan, unterteilt nach den Wirtschaftsgebieten, ausgewiesen.
Die Angaben auf der Aufwandsseite in den Spalten „Export-Betriebspreis“ und „Import-Valutagegenwert“, Zeile „Gesamt“ müssen sich mit den im Abschnitt II, Aufwand, Zeilen 8 und 12 angegebenen Summen decken.
Die Spalten „Export-Valutagegenwert“ und „Import-DIA-Abgabepreis“ auf der Ertragsseite müssen mit den Angaben im Abschnitt II, Ertrag, Zeilen 8 und 12 übereinstimmen.

Bei der Ausfüllung der Spalte 9 ist darauf zu achten, daß die Beträge ohne Warennebenkosten – Ausland ausgewiesen werden (siehe auch Erläuterungen zu Abschnitt II).

II. Abrechnung der Umsätze

Die Angaben im Abschnitt II entsprechen in ihrer Gliederung den im Rahmen-Kontenplan für 1957 für die Umsatzabrechnung festgelegten Konten in den Gruppen

- 61 – Aufwand des Außenhandelsumsatzes
- 62 – Erlös des Außenhandelsumsatzes
- 63 – Abrechnung der Exportware beim Verkauf im Inland.

Kompensationsgeschäfte sind entsprechend ihrem Auftreten in den Zeilen 1, 2 bzw. 9 auszuweisen. Die Beträge für Zeile 2 „Eigengeschäfte der Lieferbetriebe“ sind der statistisch geführten Warenrechnung für Eigengeschäfte der Lieferbetriebe zu entnehmen.

Die Werte in Spalte 9, Zeilen 1–5 sind einschl. Warennebenkosten – Ausland anzugeben und aus den Salden der für die einzelnen Geschäftarten vorgesehenen Umsatzkonten zu entwickeln.

Um eine Vergleichbarkeit des Valutagegenwertes mit dem Plan und dem DM-Aufwand (Betriebspreis) herzustellen, sind die Warennebenkosten – Ausland in Zeile 7, Spalte 9 einzusetzen und von der Summe Export (Zeile 6) abzuziehen. Die Werte für die Warennebenkosten – Ausland sind der Warenrechnung zu entnehmen.

Die Ist-Beträge der Zeilen 9–11 sind den entsprechenden Umsatzkonten der Konten-Gruppen 61 und 62 zu entnehmen.

Zelle 14 nimmt die Aufwände und Erlöse der Konten-Untergruppe 630 bzw. 631 auf. Es ist zu beachten, daß der Ausweis im Aufwand (Spalte 4) einschließlich direkter Geschäftskosten und Produktionsabgabe erfolgt. Im Erlös, Spalte 9, wird der Industrieabgabepreis ausgewiesen.

Zelle 15 ist für Sonderabrechnungen (Kontengruppe 67) vorgesehen.

III. Abrechnung der Preisausgleiche

In den Spalten 2–6 und 7–11 erfolgt eine Trennung nach Ex- und Import. Die Preisausgleiche sind innerhalb des Exportes und Importen saldiert (d. h. bei Export Saldo der negativen und positiven PA und bei Import Saldo der positiven und negativen PA) auszuweisen.

In der Zeile 17, Spalten 4 und 9 sind die Soll-Preisausgleiche des Ist-Umsatzes (lt. Warenrechnung) sowie die anfallenden Ist-PA für aktive bzw. passive Montageleistungen einzusetzen. Die Ist-PA für aktive bzw. passive Montageleistungen ergeben sich aus dem Saldo der Zellen 4 und 11, Spalten 4 und 9 im Abschnitt II und sind gleichzeitig als Davonzahl von Zelle 21 in Zelle 21 d anzugeben.

Die Zelle 18 nimmt den reinen Preisausgleich einschl. der PA für Montageleistungen auf. Eine Abstimmungsmöglichkeit besteht in der Saldierung der Aufwände und Erlöse der Zeilen 8 und 12 im Abschnitt II.

In der Zelle 19 werden die im PA enthaltenen direkten Geschäftskosten abgerechnet, die sich aus der Zusammenfassung der Kosten-Positionen in der Warenrechnung (ohne Warennebenkosten – Ausland) ergeben. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, daß außer den in der Plankalkulation (Plan Ware – Land) genannten Kostenarten keine weiteren Kosten aufgenommen werden dürfen.

Die Summe der in den Zeilen 21 a–d aufgegliederten Ist-Preisausgleiche muß mit der Zelle 21 übereinstimmen. Demnach sind die Ist-PA für Montageleistungen nicht auf die Wirtschaftstagebete aufzugliedern.

Aus der Gegenüberstellung der Zeilen 17 (Soll-PA lt. Ist-Umsatz zuzügl. Ist-PA für Montageleistungen) und 21 (Summe der Ist-PA) ergibt sich die in Zeile 22 auszuweisende Einsparung (+) bzw. der Mehrverbrauch (-).

Zeile 23, Spalte 9 nimmt das Ergebnis (Gewinn +, Verlust -) der Verkäufe im Inland auf, das sich aus dem Saldo der Spalten 4 und 9 in Zelle 14, Abschnitt II, ergibt.

Im schraffierten Teil der Zeile 24, Spalte 9 wird die Einsparung (+) bzw. der Mehrverbrauch (-) ausgewiesen, der sich aus der Zusammenfassung der Spalten 4 und 9 der Zeilen 22, 23 errechnet.

IV. Abrechnung der Regelkosten

Die Abrechnung der Regelkosten erfolgt in ihrer Gliederung nach den Gruppen A und B. Zuordnung der Kostenarten in die Gruppen A und B lt. Kontenrahmen:

Gruppe A

- 320 – Büro- und Zeichenmaterial
- 331 – Nachrichtenbeförderungskosten
- 332 – Finanznebenkosten
- 3340 – Reisekosten innerhalb der DDR
- 340 – nur Lohnfonds A.

Gruppe B

- 310 – Abschreibungen und Mieten
- 311 – Mieten für Räume zur Lagerung von Überplanbeständen
- 321 – Geringwertige und schnell verschleißende Arbeitsmittel
- 329 – Sonstiger Verbrauch an Hilfsmaterial
- 330 – Reparaturen und Instandhaltungen
- 333 – Werbekosten
- 3341 – Reisekosten außerhalb der DDR
- 339 – Sonstige Hilfsleistungen
- 340 – Lohnfonds B einschl. Lehrlinge, Assistenten
- 349 – Sonstige Personalkosten
- 390 – Arbeitsschutz
- 391 – Tilgung von Investitionskrediten
- 399 – Sonstige Kostenarten.

Die Summierung der Kosten erfolgt in Zelle 27, Spalten 2–6, in der Spalte 9 – schraffierter Teil – wird der Ausweis der Einsparung (+) bzw. Mehrverbrauch (-) vorgenommen.

V. Abrechnung des übrigen Ergebnisses und der Planabweichungen

In den Zeilen 28–36 erfolgt eine Abrechnung der Aufwände und Erträge aus Termin- und Vertragsverletzungen sowie Strafen. Die Gliederung entspricht den im Kontenrahmen festgelegten Konten der Gruppen 70 bzw. 75.

Die Zelle 37 nimmt die übrigen Kosten und Erlöse der Konten-Gruppen 71 bzw. 78, die Zelle 39 den Saldo des Kontos 690 – Planabweichungen – auf.

Die sich auf dem Konto 288 ergebenden Differenzen aus kalkulierten und effektiven Kosten sind monatlich auf das Konto 690 – Planabweichungen – umzubuchen (soweit die Gegenbuchung zu den kalkulierten Kosten durch die Einbuchung des Rechnungsbetrages in effektiver Höhe bereits

erfolgt ist). Der Saldo Kontos 288 ist grundsätzlich zu den Kontrollberichtsterminen in voller Höhe umzubuchen. Im schraffierten Teil in Spalte 9, Zeile 41 ist der Gewinn (+) bzw. Verlust (-) aus dem gesamten Abschnitt V einzusetzen.

Das Betriebsergebnis, Zeile 42, Spalte 9, ergibt sich aus der Zusammenfassung der schraffierten Felder der Zeilen 24, 27 und 41 der Spalte 9.

VI. Kontrolle und Verwendung des Lohnfonds

Die Aufteilung der Beschäftigten auf die Lohnfonds A, B und C erfolgt entsprechend der zur Abrechnung des Arbeitskräfteplanes festgelegten Nomenklatur. Aus dem Formblatt 0556 (Arbeitskräfte, Lohn) ergeben sich die planmäßigen Lohnfonds wie folgt:

Unter lfd. Nr. 1.0, Zeile 1: Verkaufspersonal einschl. Lager und Transportpersonal
= Lohnfonds A.

Unter lfd. Nr. 1.0, Zeile 2: Stellenplanpflichtiges Handelspersonal,
Zeile 3: Verwaltungspersonal,
lfd. Nr. 2.0, Zeile 1: Lehrlinge
= Lohnfonds B.

Unter lfd. Nr. 2.0, Zeile 2: Übriges sonstiges Personal
= Lohnfonds C.

Die DM-Ist-Werte sind der Lohnrechnung zu entnehmen.

Als Anzahl des Beschäftigten-Ist (Spalte 6) ist die Ist-Zahl der Beschäftigten am Ende des Berichtszeitraumes anzugeben.

In den Zeilen 2 und 4 sind im schraffierten Teil die Anzahl der Beschäftigten bzw. Lohnsummen für Überstunden und Lehrlinge auszuweisen. Diese Werte sind in die Gesamtaddition nicht mit einzubeziehen.

Die Planung und Abrechnung der Krankengeldzuschüsse erfolgt nicht im Lohnfonds, sondern unter Konto 349 – Sonstige Personalkosten.

Die Anzahl der Assistenten und Praktikanten und deren Löhne sind ebenfalls nicht in die Arbeitskräfteplanung einbezogen. In Zeile 6, Spalten 6 und 7 sind die Anzahl der Assistenten und Praktikanten sowie die gezahlten Löhne in effektiver Höhe einzutragen. Die Zuführung der hierfür benötigten Mittel erfolgt monatlich nach den in der AO über die Bearbeitung der Arbeitskräftepläne im Jahre 1957, § 7, Abs. 2 (GBI. II/50 '56, S. 442) festgelegten Grundsätzen. Als Zuführung für Regiekosten (Konto 681) sind in diesem Falle nur die effektiv verbrauchten Mittel für Assistenten und Praktikanten zu buchen. Nichtverbrauchte oder mehrverbrauchte Mittel sind als Verbindlichkeiten bzw. Forderungen an den Staatshaushalt auszuweisen. Die Buchung der gezahlten Löhne für Assistenten und Praktikanten erfolgt auf dem Konto 340 – Lohnkosten; sie sind als Grundlage für die Berechnung des Direktorfonds mit einzuberechnen.

Eine Abstimmungsmöglichkeit mit den auf dem Konto 340 ausgewiesenen Lohnkosten besteht nach Abzug des Lohnfonds C (sich selbst finanziierende Einheiten) von der Ist-Lohnsumme Gesamt (Zeile 8, Spalte 7).

VII. Konventionalstrafen außerhalb der DDR

In diesem Abschnitt sind die angefallenen Konventionalstrafen außerhalb der DDR, unterteilt nach Ländern, aufwands- und ertragsseitig, in TDM (Valutagegenwert) und TRbl. anzugeben. Eine Aufgliederung hat nur unter Berücksichtigung der größten Posten zu erfolgen.

VIII. Abrechnung des Kassenpi

A. Preisausgleiche

Wie bereits im Abschnitt III, Abs. 1 erläutert, erfolgt die Abrechnung der PA saldiert innerhalb des Exportes und Importes.

In der Spalte 2 (Jahreskassenplan) sind die Planzahlen aus der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben des Betriebsplices einzusetzen (aus Position Einnahmen C, a und Ausgaben C, a und C, b).

Spalte 4: In den Zeilen 18 und 22 sind die Soll-PA des Ist-Umsatzes (lt. Warenrechnung) einschl. der angefallenen Ist-PA für aktive und passive Montageleistungen einzusetzen.

In den Zeilen 20 und 24 sind die PA aus Überhängen des Vorjahrs einzusetzen, die bereits in der Bilanz per 31. 12. als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen wurden.

Die Zeilen 21 und 25 nehmen die PA aus periodenfremden Umsätzen auf. Zeile 21 ergibt sich unter Aufrechnung der Salden der Konten 7652 – Zuführung der negativen PA lt. Satz – Export – und 7152 – Abführung der positiven PA lt. Satz – Export –, Zeile 25 unter Aufrechnung der Salden der Konten 7162 – Abführung der positiven PA lt. Satz – Import – und 7662 – Zuführung der negativen PA lt. Satz – Import –.

In Zeile 23 sind die Produktions- und Verbrauchsabgaben in ihrem effektiven Aufkommen (Konto 641) auszuweisen.

Spalte 5: Hier werden die bankmäßig zu- bzw. abgeführtene Beträge eingetragen.
Spalten 6 und 7 ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Spalten 4 und 5.

B. Sonstige Zu- und Abführungen

In der Spalte 2 (Jahreskassenplan) sind die Planzahlen aus der Bilanz der Einnahmen und Ausgaben des Betriebsplices, unterer Teil, Spalte „effektiv“ einzusetzen.

Spalte 3 nimmt die Planzahlen für den Berichtszeitraum lt. Plan der indirekten Kosten und Handelsspannen (AH 3) auf.

Spalte 4, Zeile 27 – Regiekosten – muß mit der Vorderseite, Abschnitt IV, Zeile 27, Spalte 4 übereinstimmen.

Die Zeilen 27–33, 35 und 38 weisen die Salden folgender Konten aus:

Zeile 27: Konto 680 – Regiekosten (einschl. Assistenten und Praktikanten)

Zeile 28: Konto 6600 – Exportzinsen
6602 – Zinsen für planmäßige Lagerware
6604 – Zinsen für Sonderkredite Export

Zeile 29: Konto 6601 – Importzinsen

Zeile 30: Konto 6603 – Zinsen für langfristige Einzelfertigung

Zeile 31: Konto 6500 – Frachtkosten innerhalb der DDR – Export

Zeile 32: Konto 6501 – Frachtkosten innerhalb der DDR – Import

Zeile 33: Konto 662 – Kosten für Handelsspanne bei Eigengeschäften der Lieferbetriebe

Zeile 35: Nimmt die aufgetretene Verluste (Mehrverbrauch) des Vorjahres auf (lt. Konto 936 – Verlustausgleich – des Vorjahres oder 2603 – Forderungen aus außerplanmäßigen Stützungen –)

Zeile 38: Konto 310 – nur Abschreibungen und

Konto 719 – nur Abschreibungen für vermietete und verpachtete Grundmittel

oder Zuwachsrate im Laufe des Planjahres auf den Konten 0390, 0391, 0790, 0793

Zeile 39: Betriebsergebnis – muß mit der Vorderseite, Abschnitt V, Zeile 42, Spalte 9 übereinstimmen (bei Einsparung +, Mehrverbrauch -).

In Spalte 5 sind die bankmäßig zu- bzw. abgeführten Beträge einschl. der Überhänge aus dem Vorjahr einzusetzen.

Die Zeilen 27–34 nehmen die Haben-Verkehrszzahlen (effektive bankmäßige Zuführungen) folgender Konten auf:

Zeile 27: Konto 2875 (bzw. Saldo Konto 681) – Zuführung Regiekosten (einschl. Assistenten und Praktikanten)

Zeilen 28/29 und 30: Konto 2874 (bzw. Saldo Konto 681) – Zuführung von Zinsen

Zeile 31/32: Konto 2872 (bzw. Saldo Konto 651) – Zuführung der Frachten innerhalb der DDR

Zeile 33: Konto 2873 (bzw. Saldo Konto 663) – Zuführung der Handelsspanne für Eigengeschäfte der Lieferbetriebe

Zeile 34: Konto 2876 (bzw. Saldo Konto 981) – Planmäßige Zugänge zum Direktfonds

Die Zeilen 26, 35–39 führen zu die Salden folgender Konten aus:

Zeile 26: Konten-Gruppe 91 – nur Zugänge vom Staatshaushalt

Zeile 35: Nachdem der Ministerrat die Verlustausgleiche des Vorjahres bestätigt hat, erfolgt die Zuführung der Mittel. Bei Ausgleich des Kontos 2603 – Forderungen aus außerplanmäßigen Stützungen – wird der zugeführte Betrag hier eingetragen.

Zeile 36: Konto 984 – Darlehen aus Sonderfonds des MAI (z. B. Verluststützungen im Laufe des Planjahres)

Zeile 37: Konten-Gruppe 91 – nur Abgänge an den Staatshaushalt

Zeile 38: Zahlungen zum Ausgleich des Kontos 9804 – Verbindlichkeiten aus Abschreibungen (Abführungen an MAI zur Umverteilung) sowie die Zuführungen aus dem eigenen Amortisationsaufkommen für die Konten

975 – Fonds für Investitionen

976 – Fonds für Generalreparaturen – Hauptanlagen

977 – Fonds für Generalreparaturen – Nebenanlagen

Zeile 39: Konto 931 – Abführung von Nettoeinsparungen

Hier werden die im Laufe des Planjahres an das MAI effektiv abgeführten Einsparungen (Betriebsergebnis +) ausgewiesen.

Abführung: 90 % der Einsparung bis zum 15. des dem Berichtszeitraum folgenden Monats auf das Konto 8380, DN Berlin.

In Spalte 6 werden die Zu- bzw. Abführungen der Überhänge aus dem Vorjahr als Darunterzahl von Spalte 5 ausgewiesen.

gez. Gerstenberger
Hauptbuchhalter

Verfügung Nr. 36: Werbung der Außenhandelsunternehmen in Indien

19. 2. 57/Hei./App. 242

Gemäß Beschuß des Kollegiums des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel wird zur Verbesserung der Werbung der Außenhandelsunternehmen auf dem indischen Markt und zur Erhöhung ihrer handelspolitischen Wirksamkeit folgendes angewiesen:

1. Die Werbung in Indien ist auf der Grundlage von Werbeplänen durchzuführen, die von den Werbeabteilungen der Außenhandelsunternehmen mit Unterstützung der Kammer für Außenhandel auszuarbeiten sind.

Der Entwurf des Werbeplanes jedes Außenhandelsunternehmens muß der Handelsvertretung der DDR in Indien zur Stellungnahme übermittelt werden.

Die einzelnen Fachvertreter der Außenhandelsunternehmen in der Handelsvertretung erarbeiten an Hand des Werbeplans sowie unter Berücksichtigung der Empfehlungen und Hinweise der indischen Vertreter der Außenhandelsunternehmen ihre detaillierten Werbevorschläge mit Angaben über die zu werbenden speziellen Waren, über das entsprechende Insertionsorgan und die Einschaltungstermine.

2. Nach diesen Vorschlägen erarbeitet die Werbeabteilung des Außenhandelsunternehmens den endgültigen Insertionsplan, der von der Leitung des Außenhandelsunternehmens zu bestätigen ist.

3. Der bestätigte Insertionsplan wird der Handelsvertretung und der Kammer für Außenhandel übergeben. Sofern durch den Vertreter des Außenhandelsunternehmens in der Handelsvertretung noch unvorhergesene Änderungsvorschläge gemacht werden, sind diese dem Vertreter der Kammer für Außenhandel in der Handelsvertretung der DDR in Indien zu übergeben; ein Durchschlag der Änderungsvorschläge ist der Werbeabteilung des Außenhandelsunternehmens zuzuleiten.

4. Auf der Grundlage des bestätigten Insertionsplanes erteilt die Werbeabteilung des Außenhandelsunternehmens unter gleichzeitiger Übermittlung der erforderlichen Druckunterlagen die einzelnen Werbeaufträge an die DEWAG-WERBUNG.

5. Die Aufträge werden von der DEWAG-WERBUNG an den Beauftragten der Kammer für Außenhandel in der Handelsvertretung weiterleitet. Dieser hat die Aufgabe, gemeinsam mit den Fachvertretern

tern der Außenhandelsunternehmen die handelspolitische Begutachtung der Werbeaufträge in bezug auf Text und Bild vorzunehmen. Danach erfolgt durch den Kammervertreter die Auftragsweitergabe an die indische Partnerfirma von DEWAG-WERBUNG.

6. Änderungen, die sich nach bereits erfolgter Auftragserteilung durch DEWAG-WERBUNG hinsichtlich Größe, Anzahl und Insertionsorgan ergeben, sind durch den Vertreter der Kammer für Außenhandel dem Außenhandelsunternehmen und der DEWAG-WERBUNG mitzuteilen.

7. Korrekturabzüge sind von der indischen Partnerfirma dem Vertreter der Kammer für Außenhandel in der Handelsvertretung zu übergeben. Dieser erstellt im Auftrag der DEWAG-WERBUNG die Druckfreigabe.

8. Die Auftragsabrechnung erfolgt unter Beifügung des entsprechenden Belegexemplares, wie bisher, zwischen der indischen Partnerfirma und DEWAG-WERBUNG.

9. Die Fachvertreter der Außenhandelsunternehmen und der Vertreter der Kammer für Außenhandel in der Handelsvertretung in Indien sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Quartalsberichte die Wirksamkeit und die praktische Durchführung der Werbung einzuschätzen und die Werbeabteilungen der Außenhandelsunternehmen bei der ständigen Verbesserung der Werbung auf dem indischen Markt zu unterstützen.

gez. Hüttenrauch
Staatssekretär

Verfügung Nr. 37: Versand von Kleinstmengen und Ersatzteilen im innerdeutschen Handel auf Grund von Globalgenehmigungen*)

9. 2. 57/620/App. 587

Zur weiteren Vereinfachung des Geschäftsablaufs wird die Wertgrenze der im Rahmen von Globalgenehmigungen abzuwickelnden Einzelgeschäfte von VE 2000,- auf den Höchstwert von VE 5000,- heraufgesetzt.

Die in der Dienstanweisung Nr. 037/54 vom 2. 9. 54 unter Punkt I, Geltungsbereich, Ziffer 4) festgelegte

Wertgrenze von VE 2000,- für die im Rahmen von Globalgenehmigungen abzuwickelnden Einzelgeschäfte wird hiermit aufgehoben.

*) siehe auch Vfg. Nr. 23 (VM - Blatt 6/56)

gez. Weiß
Stellvertreter des Ministers

II. Mitteilungen

Allgemeines: Maßnahmen, die das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zur Verminderung der Reklamationen im Außenhandel getroffen hat und den beteiligten Ministerien empfiehlt

Das Kollegium des MAI befasste sich auf seiner 43. Sitzung am 25. 1. 1957 mit der Analyse der Reklamationen aus dem Jahre 1956. Um die aus den Reklamationen und ihrer Bearbeitung zutage getretenen Mängel zu beseitigen, werden folgende Maßnahmen angeordnet:

I. Maßnahmen, die von seiten des MAI den Produktionsministerien zur Durchsetzung empfohlen werden.

1. Es ist notwendig, durch die HVen der Produktionsministerien die Anwendung der Verordnung vom 30. 9. 1954 (GBI. 93/54 S. 867 ff.) in den Produktionsbetrieben zu überprüfen und ihre Durchsetzung durch energische Maßnahmen endgültig zu gewährleisten. Dabei ist die Verordnung noch einmal sorgfältig zu studieren, um sich über den Umfang und die Tiefe ihres Wirkungsbereiches die Klarheit zu verschaffen, die zur Durchsetzung der Verordnung notwendig ist.

Bei der Durchführung dieses Vorhabens empfiehlt das MAI, die sich nach den Erfahrungen der Jahre 1955/56 nachteilig auswirken hier aufgeführten Punkte besonders zu berücksichtigen:

- a) Die fachlichen Kenntnisse, die Eignung und die Entlohnungsgrundlagen als notwendige Voraussetzung für die zur Zeit in den TKO zur Durchführung dieser Aufgabe eingesetzten Mitarbeiter.
- b) Die Art und den Umfang der Tätigkeit und die Bereiche, auf die sie sich zu erstrecken hat, nach §§ 14 bis 21 der Verordnung Gel-

tung zu verschaffen. Dabei ist der breite Sektor der Verpackung und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen mehr als bisher einzubeziehen.

Die Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Institut für Verpackung ist zu fördern.

- c) Mit dem Institut für organisch-chemische Industrie in Leipzig sind die durchgeführten Versuche zur Qualitätsverbesserung wie z. B. die Herstellung von geruch- und geschmackfreiem Weißparaffin mit der Zielsetzung auszuwerten, die geforderten Qualitäten für den Export auf der Grundlage der durchgeführten Versuche noch im Jahre 1957 bereitzustellen.
- d) Die Ausstattung mit Meß- und Prüfgeräten in den Betrieben auf den für die Gütekontrolle notwendigen Mindeststand zu bringen und die Einrichtung solcher Laboratorien zu betreiben, in denen eine zuverlässige Gütekontrolle möglich ist. Die dafür notwendigen Mittel sind in den Investitionsplänen zu sichern. Die Ministerien für Aufbau und für Lebensmittelindustrie werden gebeten, die hier gegebenen Anregungen besonders zu berücksichtigen.
- e) Die Funktion des Gütekontrolleurs dient dem Ansehen und der Zuverlässigkeit der Wirtschaft der DDR.

Interne Rücksichtnahmen oder betriebsegene Interessen dürfen seine Entscheidungen nicht beeinflussen.

Die HVen der Produktionsministerien müssen die strikte Durchsetzung des § 4 der Verordnung verbürgen.

- 1) Das bisherige System der Prämienzahlung an die Mitarbeiter der TKO ist zu ändern. Grundlage für die Prämierungen darf nicht mehr sein die Erfüllung des Produktionsplanes schlechthin, sondern die kostenmäßige nachweisbare Senkung der Reklamationen.
2. Den Produktionsministerien wird empfohlen, bei der Ermittlung der Prämien für die Planerfüllung des Betriebes die Entwicklung der Reklamationsquote einzubeziehen.
3. In der Vergangenheit wurden Reklamationen bekannt, deren Ursache auf mangelhafte Projektierungen und Konstruktionen zurückzuführen waren.

Deshalb müssen die zentral- und betriebsgebundenen Projektierungs- und Konstruktionsbüros mehr als bisher auf die Qualität ihrer Arbeit hin kontrolliert werden.

Die in Ziffer 2 aufgestellte Forderung ist auf Ziffer 3 sinngemäß anzuwenden.

4. Dem VEB Inex wird empfohlen, die Kontrolle in den Herstellerbetrieben der DWA zu übertragen, und ihre eigene Gütekontrolle auf die Baustellen zu konzentrieren.
5. Um die Zahl der Mängelrügen zu verringern, und die infolge von Reklamationen eintretenden Ertragsminderungen einzuschränken, ist es – besonders in den Gebieten der Leichtindustrie – dringend notwendig, die Richtsatztage für Rohstoffe und Halbfabrikate (Hölzer, Papiere, Farbstoffe usw.) in den Produktionsbetrieben zu verlängern, um mit abgelagerten und gut vorbereiteten Materialien eine ständig gleichbleibende Qualität produzieren zu können.
6. Es ist erforderlich, die Rahmendirektive zum Aufbau der Kundendienstorganisation und des Technischen Dienstes für den Außenhandel der DDR schnellstens zu verwirklichen.

Dazu ist es notwendig, daß zwischen den Produktionsministerien und dem MAI die Schwerpunktländer festgelegt werden, in denen der Kundendienst seine Arbeit organisiert aufzunehmen hat.

II. Maßnahmen, die der Förderung der Zusammenarbeit der Produktionsministerien mit dem MAI dienen.

1. Um die Reklamationen erfolgreich auswerten und die sich daraus ergebenden Maßnahmen ableiten zu können, ist die Zusammenarbeit zwischen den Produktionsministerien und dem MAI nach dieser Richtung hin zu vertiefen.

Die Reklamationen der Endabnehmer sind durch die Gütekontrollen der HVen der Produktionsministerien zu erfassen und monatlich zu analysieren.

Auch die im Handelsapparat des MAI anfallenden Reklamationen werden monatlich analysiert.

Beide Analysen werden ausgetauscht und sind Gegenstand periodischer Aussprachen zwischen den Abteilungen Gütekontrolle der HVen der Produktionsministerien und den Gütekontrollen der Bereiche des MAI und bilden die Grundlage für die sich daraus ergebenden beiderseitigen notwendigen Maßnahmen.

2. Den Finanzkontrollen der Produktionsministerien wird dringend empfohlen, in jeder Be-

triebsbuchhaltung die Möglichkeit zu schaffen, alle durch Reklamationen entstandenen Kosten und Verluste so zu erfassen, daß eine Analyse durch die Finanzberichte möglich ist.

Die für jedes Produktionsministerium (unterteilt nach HVen) erarbeitete Analyse ist mit der im entsprechenden Bereich des MAI (siehe III Ziffer 3) vom Ministerium der Finanzen zu einem Gesamtkosten- und Verlustnachweis zusammenzustellen, um so den durch Reklamationen entstandenen volkswirtschaftlichen Gesamtverlust zu offenbaren.

III. Maßnahmen, die vom MAI zur Einschränkung und besseren Bearbeitung der Reklamationen durchzusetzen sind.

1. Die Handelsvertretungen werden angewiesen, bei den Kunden mehr darauf einzuwirken, daß die unter Ziffer 9 der Allgemeinen Lieferbedingungen festgelegten Vereinbarungen bezüglich Reklamationen, dabei insbesondere der Abschnitt c bei Beanstandungen zur besseren Abwicklung der Reklamationen unbedingt einzuhalten sind.

In den Allgemeinen Lieferbedingungen des Außenhandels ist Ziffer 9 Absatz c zu erweitern und wie folgt zu formulieren:

„Jede Reklamation muß genau begründet und durch beizufügende oder nachzusendende beweiskräftige Dokumente und auf Verlangen des Verkäufers durch eingesandte Muster, Photographien und / oder Sachverständigen-Gutachten nachgewiesen werden. Diese Unterlagen sind in zweifacher Ausfertigung dem Lieferbetrieb direkt zuzustellen.“

Der Käufer hat eine durch Art und Umfang der Reklamation begründete speziifizierte Forderung zu stellen.“

2. Zur Erfassung der Kosten (Verluste), die dem Außenhandel der DDR durch Reklamationen entstehen, werden die Hauptbuchhalter der AHU angewiesen, nachstehende Konten neu einzurichten bzw. bereits bestehende Konten zu verwenden.

6203 – Gewährte Preisnachlässe

Auf diesem Konto werden die auf Grund von Mängelrügen der ausländischen Kontrahenten vom Außenhandel gewährten Preisnachlässe gebucht (Valutagegenwert).

6103 – Weiterberechnete Preisnachlässe

Dieses Konto zeigt die Beträge, die auf Grund von gewährten Preisnachlässen durch die AHU an die schuldigen Produktionsbetriebe weiterberechnet wurden.

Bereits in den Erläuterungen zum Kontenrahmen für das Jahr 1957 wurde festgelegt, daß Preisnachlässe grundsätzlich als Umsatzzminderung zu buchen sind, und somit (lt. Rechnungswesen) auch nicht auf die Planerfüllung des laufenden Planjahres angerechnet werden können.

Periodenfremde, d. h. Preisnachlässe, die das Vorjahr betreffen, werden auf den dafür vorgesehenen Konten

7153 – Preisnachlässe auf Grund von Mängelrügen und Vertragsverletzungen

7653 – Erlös aus weiterberechneten Preisnachlässen

ausgewiesen

6184 – Ersatzlieferung

Soweit auf Grund einer Mängelrüge kein Preisnachlaß, sondern eine Ersatzlieferung zu Lasten des AHU erfolgt, werden die entstehenden Aufwände für Ersatzlieferungen auf diesem Konto gebucht. Hierbei entstehende direkte Geschäftskosten, Frachtkosten, Monteurkosten usw. werden ebenfalls hier erfaßt.

Ersatzlieferungen, die nicht vom Außenhandel zu vertreten sind und von der Versicherung getragen oder dem Produktionsbetrieb weiterberechnet werden, sind über das Konto

3200 – In Abrechnung befindliche Ersatzlieferungen

abzurechnen. In diesem Falle werden auch die entstehenden Monteur-, Frachtkosten usw. hier zum Zwecke der Weiterberechnung erfaßt.

Die im Zusammenhang mit Reklamationen zu Lasten des AHU anfallenden Reisekosten innerhalb und außerhalb der DDR werden getrennt von den übrigen Reisekosten auf folgenden Konten gebucht:

3442 – Bei Reklamationen anfallende Reisekosten innerhalb der DDR

3443 – Bei Reklamationen anfallende Reisekosten außerhalb der DDR.

Die aus Vertragsverletzungen zu Lasten des AHU anfallenden Konventionalstrafen wurden auf den bereits bestehenden Konten

7010 – Konventionalstrafen innerhalb der DDR

7011 – Konventionalstrafen außerhalb der DDR und die Erlöse aus vom Außenhandelunternehmen berechneten Konventionalstrafen auf den Konten

7510 – Konventionalstrafen innerhalb der DDR

7511 – Konventionalstrafen außerhalb der DDR erfaßt.

Formulartechnisch ist vorgesehen, daß eine Ermittlung bzw. Zusammenfassung der dem Außenhandel durch Reklamationen entstandenen Kosten jeweils zu den Kontrollberichtsterminen (30. Juni und 31. Dezember) möglich ist. Die für die Erfassung der Reklamationen vorgesehenen Konten sind von den AHU zu den oben genannten Kontrollberichtsterminen einer eingehenden Analyse zu unterziehen, damit auf Grund dieser Feststellungen weitere Maßnahmen zur Verringerung der Reklamationen ergriffen werden können.

Die Untersuchungen der AHU werden in ihrer Zusammenfassung ebenfalls in der Gesamtanalyse des MAI ihren Niederschlag finden.

3. Die DWA wird beauftragt:

a) zu prüfen, welche Voraussetzungen notwendig werden, um gegebenenfalls Kontrollaufträge für die Sowjetunion übernehmen zu können, und einen entsprechenden Dispositionssplan zu erarbeiten;

- b) die hierfür erforderlichen Unterlagen hinsichtlich der Warenart, Liefertermine und Lieferwerke sowie das Warenvolumen sind der DWA durch das MAI zur Verfügung zu stellen;
- c) das Ergebnis dieser Ermittlung ist dem Kollegium vorzulegen.

4. Der HV für Anlagenexport werden folgende Aufgaben gestellt:

Dem Technischen Dienst des Invest-Export sind lediglich die Reklamationen durch den Kunden bekannt. Er hat keine Kenntnis von den Beantastungen, die vor Übergabe von kompletten Anlagen an den Kunden z.B. in der Projektierung, Konstruktion auf Bauteilen usw. auftreten und kann demzufolge nicht auf die Produktion einwirken. Diesem Zustand ist zu begegnen, indem ein periodischer Erfahrungsaustausch mit den Gütekontrollen des VEB Inex und des EKE zur Festlegung gemeinsamer Maßnahmen und zur Verbesserung der Produktionsqualität herbeigeführt wird.

5. Die Abteilungen Gütekontrolle der Bereiche des MAI werden beauftragt:

a) in Zusammenarbeit mit dem DAMW bzw. DAMG die eingegangenen Reklamationen unter Berücksichtigung der Gütezeichen, soweit solche für die reklamierten Erzeugnisse erteilt wurden, zu überprüfen;

b) eine ständige Verbindung mit dem DAMW bzw. DAMG zu organisieren, um die genannten Prüfdienststellen in die Lage zu versetzen, bei typischen Reklamationen bereits erteilte Gütezeichen entziehen zu können, des weiteren die Verbindung mit der DSRK und der DWA zu vertiefen.

6. Die Mindest-Klassifikation für Exporterzeugnisse ist das Gütezeichen I.

Exportschlüsse über Erzeugnisse mit dem Gütezeichen II, mit leerem Dreieck oder über solche ohne jedes Gütezeichen, sind der zuständigen HV des MAI vom AHU zur Kenntnis zu bringen. Bei Waren, die nicht prüfungspflichtig sind, richtet sich die Qualität dieser Waren nach den Vertragsbestimmungen.

Als Maßstab für die Warengüte dienen dem Kunden beim Vertragsabschluß überlassene Muster.

7. Den Generaldirektoren wird empfohlen, in allen vertretbaren Fällen Montageverträge abzuschließen bzw. die Inbetriebnahme der Lieferobjekte durch Mitarbeiter des Lieferbetriebes rechtzeitig vertraglich zu vereinbaren.

8. Die Abteilungen Gütekontrolle des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel werden beauftragt, die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu kontrollieren und dem Kollegium darüber Bericht zu erstatten.

Berlin, den 21. 2. 1957

gez. Hüttenrauch

Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers
für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

Allgemeines: Lenkung der bautechnischen Projektierung für Auslandsvorhaben

21. 2. 1957 Zl./App. 368

Die einzelnen Generalprojektanten sind entsprechend zu verständigen.

*) siehe auch Mitteilung vom 4. 5. 1956 (VM-Blatt 2/56)

gez. i. V. Leucht
Hauptverwaltungsleiter

**Arbeit: Wettbewerb undungen für die Betriebe im Bereich d Ministeriums
für Außenhandel und Innerdeutschen Handel zum Massenwettbewerb
um die Wanderfahnen im Jahre 1957**

Mit der Erfüllung der dem Außenhandel gestellten Planaufgaben leisten die Mitarbeiter der Außenhandelsunternehmen einen entscheidenden Beitrag bei der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Hauptmethode zur Erfüllung der Pläne des Außenhandels und zur Verbesserung der Arbeit ist der Wettbewerb.

Die Außenhandelsunternehmen führen den Wettbewerb um die

- a) Wanderfahne des Ministerrates,
- b) Wanderfahne des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel.

I.

Wettbewerbsgruppen

Entsprechend ihrer speziellen Eigenart kämpfen die Außenhandelsunternehmen in nachstehenden Wettbewerbsgruppen um je eine Wanderfahne des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel. Das beste Außenhandelsunternehmen aller Wettbewerbsgruppen erhält die Wanderfahne des Ministerates.

Gruppe I:

Maschinen-Export
Chemieausrlüstungen
WMW-Export
Invest-Export
Elektrotechnik
Feinmechanik-Optik GmbH
Transportmaschinen
Polygraph-Export

Gruppe II:

Chemie
Bergbau-Handel GmbH
Textil
Mineralöl-Import und -Export GmbH
Glas-Keramik
Kulturwaren
Wiratex GmbH
Holz und Papier
Deutscher Buch-Export und -Import GmbH

Gruppe III:

Deutsche Stahl- und Metall-Handels-GmbH
Nahrung
Genussmittel GmbH

Gruppe IV:

VEB Deutrans – Internationale Spedition
VEB Deutfracht – Deutsches Kontor für Seefrachten

II.

Wettbewerbsziele für die Gruppen I und II

- 1. Erfüllung des Valutaplanes im Quartal unter Berücksichtigung der vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gegebenen Schwerpunkte in den einzelnen Währungsgebieten.
- 2. Erfüllung des Warenbewegungsplanes Export und Import im Quartal nach Wirtschaftsgebieten.
- 3. Einsparung von Preisausgleichsmitteln durch Erzielung höchster Exportpreise und günstigster Importpreise auflaufend bis zum jeweiligen Quartal.

- 4. Einsparung von freier Valuta und Verrechnungswährung durch Verlagerung von Importen aus dem KA bzw. IDH auf Länder des sozialistischen Weltmarktes sowie Verhinderung volkswirtschaftlich nicht vertretbarer Importe.
- 5. Einsparung von Regiekosten.
- 6. Erfüllung des Ergebnisplanes.
- 7. Herstellung der Tagfertigkeit im Berichtswesen.

Wettbewerbsziele für die Gruppe III

- 1. Erfüllung des Warenbewegungsplanes im Quartal nach den zur Verfügung stehenden Devisen.
- 2. Einsparung von Preisausgleichsmitteln durch Erzielung höchster Exportpreise und günstigster Importpreise auflaufend bis zum jeweiligen Quartal.
- 3. Einsparung von freier Valuta und Verrechnungswährung durch Verlagerung von Importen aus dem KA bzw. IDH auf Länder des sozialistischen Weltmarktes sowie Verhinderung volkswirtschaftlich nicht vertretbarer Importe.
- 4. Einsparung von Regiekosten.
- 5. Erfüllung des Ergebnisplanes.
- 6. Herstellung der Tagfertigkeit im Berichtswesen

Wettbewerbsziele für die Gruppe IV

- 1. Erfüllung des operativen Transportplanes im Quartal.
- 2. Erfüllung der Leistungsaufgabe (Speditions-einnahmen).
- 3. Einsparung von Regiekosten
- 4. Erfüllung des Betriebsergebnisses.

Zwischen dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und dem Sekretariat des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel können entsprechend neuer ökonomischer Schwerpunkte die Wettbewerbsziele quartalsweise verändert werden.
Bei der Auswertung im Massenwettbewerb wird besonders berücksichtigt:

- a) der höchste Anteil der Mitarbeiter an den innerbetrieblichen Wettbewerbsformen von Verkaufsgruppe zu Verkaufsgruppe bzw. Mann zu Mann (auch Einkaufsgruppe).
- Brigade zu Brigade.
- Kontor zu Kontor.

auf der Grundlage einer konkreten Verpflichtung mit persönlicher Aufforderung. Dazu sind die wichtigsten Planteilte bis auf die kleinste operative Einheit aufzuschließen.

Beim Wettbewerb von Kontor zu Kontor ist Voraussetzung, daß innerhalb des Kontors die Mitarbeiter, Gruppen oder Brigaden sich gegenseitig zum Wettbewerb aufgefordert haben;

- b) die regelmäßige Durchführung von Handelsberatungen in den Kontoren und die Verwirklichung der in den Handelsberatungen geforderten Beschlüsse;
- c) die Erfüllung der Verpflichtungen im BKV, insbesondere der Plan des technisch-organisatorischen Fortschritts;
- d) die Organisation des Vorschlags- und Erfindungswesens und die höchste Anzahl von realisierten Verbesserungsvorschlägen

III.

Wettbewerbszeitraum und -auswertung

Der Wettbewerb erstreckt sich über das Jahr 1957. Nach jedem Quartal erfolgen Auswertung und Auszeichnung entsprechend den in der „Verordnung über die Auszeichnungen in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom festgelegten Bestimmungen.

Bei der Auswertung können nur die Außenhandelsunternehmen berücksichtigt werden, die nachweisen, daß der Jahresplan anteilig bis zum Tage der Auswertung erfüllt ist und die ihre Vorschläge über die Auswertung im Wettbewerb termingemäß einreichen. Für die Auswertung aller Teilpläne im Wettbewerb bildet der durch das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel bestätigte Betriebsplan die Grundlage. Die Auswertung wird nach den Ergebnissen des Hollerithberichtes unter Hinzuziehung des Finanzberichtes vorgenommen.

IV.

Auszeichnungen

1. Das beste Außenhandelsunternehmen aller Wettbewerbsgruppen wird nach Abschluß eines jeden Quartals mit der Wanderfahne des Ministerrates, einer Ehrenurkunde „Republikssieger im Wettbewerb“ und einer Geldprämie ausgezeichnet.
2. Das beste Außenhandelsunternehmen jeder Wettbewerbsgruppe wird nach Abschluß eines jeden Quartals mit der Wanderfahne des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, einer Ehrenurkunde „Gruppensieger im Wettbewerb“ und einer Geldprämie ausgezeichnet.
3. In der Wettbewerbsgruppe, aus der der Republikssieger hervorgeht, wird der nächstfolgende Betrieb bei Erfüllung der Bedingungen als Gruppensieger ausgezeichnet.
4. In den Gruppen können bei Erfüllung der Bedingungen weitere Außenhandelsunternehmen mit einer Geldprämie für besondere Leistungen ausgezeichnet werden.

4. Die Auszeichnung als Sieger ... b hat vor dem Kollektiv der Belegschaft zu e...gen. Ein Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung legt vor dem Kollektiv die Entwicklung des Wettbewerbes und die zur Auszeichnung des Betriebes geführten wirtschaftlichen Erfolge dar. Vertreter aus Betrieben der gleichen Wettbewerbsgruppe sind zur Auszeichnung einzuladen.

Nach der Auszeichnung der Wettbewerbsieger ist mit allen Außenhandelsunternehmen ein Erfahrungsaustausch durchzuführen, der sich mit den Methoden, die zur Erreichung der Ergebnisse führten, beschäftigt. Der Erfahrungsaustausch wird vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel organisiert und durchgeführt. Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel hat maßgeblich bei der Durchführung des Erfahrungsaustausches mitzuwirken.

5. Die Prämie, die mit der Auszeichnung verbunden ist, ist wie folgt aufzuteilen:

70 Prozent für Einzel- und Kollektivprämien,
30 Prozent für kulturelle und soziale Einrichtungen.

In der Regel sollte der größere Anteil der Summe, die für Einzel- und Kollektivprämien zur Verfügung steht, für die operativen Abteilungen verwendet werden.

Alle Prämien sind innerhalb von 30 Tagen, vom Tag der Auszeichnung gerechnet, auszuzahlen.

Berlin, den 21. Dezember 1956

Ministerium für Außenhandel
und Innerdeutschen Handel
gez. i. V. Hüttenrauch
Minister

Gewerkschaft Handel
Zentralvorstand
gez. Götzelt
Vorsitzender